



DER FREIE BAUER

LANDWIRTSCHAFTSZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

BAHNHOF DER ANGST Massive Probleme in Linz

Der Linzer Hauptbahnhof sorgte in den vergangenen Wochen für zahlreiche negative Schlagzeilen in den Medien. Die Zahl festgestellter Delikte und Attacken an der wichtigen Öffi-Drehscheibe nahm spürbar zu.

Seite 4



Foto: Flickr, Peter (CC BY 2.0)



Russlandsanktionen: Gift für die Wirtschaft

Seite 8

Kommt bald die Fleischsteuer?

Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes soll diese kreative Steuer frisches Geld in die marode Staatskasse bringen.

Seite 2

Die wirre Milchpolitik und ihre Schäden

Die Liberalisierung des Milchmarktes schadet nicht nur unseren Bauern. Die fatalen Auswirkungen reichen bis nach Afrika.

Seite 14

Wenige Konzerne kontrollieren den Markt

Der Konzernatlas 2017 liefert neue und erschreckende Erkenntnisse über die wahre Macht internationaler Großkonzerne.

Seite 18

Im Gespräch mit EU- Abgeordneten Obermayer

Der freiheitliche EU-Parlamentarier kämpft unermüdlich für den Stopp der Freihandelsabkommen TTIP und CETA.

Seite 20

Ausgabe 01/17 (03.03.17)

Der Freie Bauer - Landwirtschaftszeitung für Oberösterreich
Kontakt: redaktion@derfreiebauer.info, www.derfreiebauer.info
P.b.b. - 07Z037583S - Verlagspostamt 4020 Linz

„Front National“ setzt sich für Bauern ein

Der „Front National“ hat ein 144-Punkte-Programm zur Agrarpolitik vorgelegt. Unter anderem sollen mehr heimische Produkte konsumiert werden, die Einfuhr von GVO-Erzeugnissen verboten werden. Auch Handelsabkommen mit Kanada, den USA oder Japan erteilt man eine Absage.



Foto: Wikimedia, Foto-AG Gymnasium Melle, CC BY-SA 3.0

Umstrittene Kampagne in Deutschland gestoppt

Die deutsche Umweltministerin Hendricks stoppt die Plakataktion „Neue Bauernregeln“, die unter Landwirten Empörung hervorgerufen hat. Mit Sprüchen wie: „Steht das Schwein auf einem Bein, ist der Schweinestall zu klein“ wollte das Ministerium auf Probleme aufmerksam machen.



Foto: Wikimedia, Jakob Gottfried CC BY-SA 3.0

Kein Fleisch auf der Speisekarte

Bei Veranstaltungen des deutschen Umweltministeriums soll es künftig kein Fleisch und keinen Fisch mehr geben. „Dienstleister/Caterer, die Veranstaltungen des BMUB beliefern, (...) sollen weder Fisch oder Fischprodukte, noch Fleisch oder aus Fleisch hergestellte Produkte verwenden“, hieß es in einer internen eMail, die den Medien zugespielt wurde.

Zudem sollten nur Produkte aus ökologischem Landbau, „saisonale und regionale Lebensmittel mit kurzen Transportwegen“ und bevorzugt „Produkte aus fairem Handel“ verwendet werden. Ein Sprecher des Ministeriums begründete die Maßnahmen gegenüber den Medien mit der Vorbildwirkung des Ministeriums beim Umwelt- und Klimaschutz. Man wolle auch bei der Bewirtung „glaubwürdig und vorbildhaft“ sein. Kritiker, wie etwa der CSU-Landwirtschaftsminister Christian Schmidt, sehen in der Maßnahme der SPD-Umweltministerin Barbara Hendricks eine unnötige Bevormundung. Hendricks stand zuletzt auch wegen einer umstrittenen Plakatkampagne in der Kritik.



Foto: pixabay

Fleischsteuer soll Klima retten

Eine britische Studie empfiehlt die Einführung einer Fleischsteuer, um den Ausstoß von CO₂ zu verringern. Marco Springmann von der Oxford-Universität und ein Team des „Oxford Martin Programme on the Future of Food“ diskutieren in ihrer Studie dazu verschiedene Steuermodelle. Die Nahrungsmittelproduktion verursache weltweit insgesamt rund ein Viertel der CO₂-Emissionen, der Großteil entstehe durch Nutztierhaltung.

Weniger Fleischkonsum nütze der Gesundheit und auch dem Klimaschutz, meint auch die WWF-Referentin Tanja Dräger de Teran. Ihrer Ansicht nach müsste jetzt auch die Politik das Thema anpacken. „Um die Produktion von Billigfleisch zu reduzieren, sollte die Regierung eine Abgabe für Landwirte auf Stickstoffüberschüsse prüfen, einen sogenannten Gülle-Euro“, meint sie.

Zu viel Gülle auf den Feldern führe zur Übersättigung der Böden mit Nährstoffen und verschlechtere die Wasserqualität. Der hohe Fleischkonsum in Europa und der nötige Sojaverbrauch für Tierfutter beschleunigten den

Ausstoß von Treibhausgasen. Nötig seien schärfere gesetzliche Vorgaben für die Tierhaltung, betonte Dräger de Teran. Dies sei aber nicht zum Nulltarif zu haben. Die Preise für Fleischprodukte müssten die soziale und ökologische Wirklichkeit widerspiegeln. Zudem regt die WWF-Mitarbeiterin an, dass zumindest staatlich betriebenen Kantinen vorgeschrieben werden sollte, fleischarm zu kochen. „Auch könnten die Regierungen Informationskampagnen starten, um den Fleischverzehr zu drosseln“, sagte sie. Die Idee einer Besteuerung von Fleisch- und Milchprodukten führte in Österreich zu umgehender Kritik. Bäu-

erliche Interessenvertreter stellten sogleich klar, dass es bei der österreichischen Produktionsweise in der Milch- und Fleischproduktion die niedrigsten Treibhausgasemissionen im EU-Vergleich gäbe. Die Einführung einer Fleischsteuer belaste lediglich die Landwirte und sorge dafür, dass noch mehr Bauern ihre Betriebe aufgeben müssten. Ob der durchschnittliche Pro-Kopf-Fleischverbrauch von 68 Kilo pro Jahr durch eine Fleischsteuer wirklich verringert würde, sehen Bauernvertreter eher skeptisch. Bei Lebensmitteln wird bisher ein Steuersatz von zehn Prozent angesetzt.

Franz Sinabell, Agrarexperte beim Wirtschaftsforschungsinstitut kritisiert die Pläne einer Fleischsteuer ebenfalls und befürchtet das Ausweichen der Konsumenten auf Selbstimporte oder billigeres Fleisch aus dem Ausland. Die Entwicklung sei bereits in der



Junge Konsumenten sollen Lebensmittel mehr Wertschätzung entgegen bringen

Bei der Wintertagung des Ökosozialen Forums wurde die Bedeutung der Landwirtschaft bekräftigt. Neben anderen Maßnahmen fordert das Forum etwa ein eigenes Schulfach „Lebensmittelerzeugung und Lebensmittelkunde“, um die jungen Konsumenten an die heimische Landwirtschaft heranzuführen. Der Unterricht soll der Irreführung im Lebensmittelbereich entgegenwirken, die Wertschätzung von Lebensmitteln erhöhen und zum Rückgang von Lebensmittelabfällen beitragen.

Foto: pixabay

Wir Bauern



Skurrile Idee der Fleischsteuer

Groteske Steuerideen begleiten uns in der österreichischen Innenpolitik wie Gelsen in einem zu feuchten Sommer. Aber der neue Fleischsteuer-Vorstoß vom deutschen Umweltbundesamt und dem heimischen Agrarsteuerexperten Sinabell, scheint in dieser Hinsicht ein neuer skurriler Höhepunkt zu sein.

Auf der einen Seite werden mit Hilfe der Hyperglobalisierung die Fleischpreise auf ein schändlich tiefes Niveau gedrückt. Die Auswirkung: Eine konventionelle Rinder- und Schweinemast kann nur

Franz Graf

mehr in riesigen Einheiten, fern von ökologischer Wirtschaftsweise, kostendeckend bewirtschaftet werden. Auf der anderen Seite beklagt man den hohen Treibhausgasausstoß, den die Milch- und Fleischproduktion verursacht. Um die Umwelt zu schützen, will man deshalb eine neue „Steuer mit Umweltschutzmascherl“ hervorzaubern. Frei nach dem Motto: Was die Liberalisierung ruiniert, saniert der Steuerzahler. Wie viele Stunden haben die Experten wohl investiert, um diese „Lösung“ auszubrüten? Vernünftig wäre es, endlich nachhaltig, in kleineren Einheiten produziertem Fleisch, durch eine eindeutige Kennzeichnung eine Chance auf einen höheren Preis zu geben. Mit schlechteren Produktionsstandards erzeugtes Fleisch müsste gleichzeitig entsprechend mit Strafzöllen und Strafsteuern versehen werden. Nur so kann Qualität, zu Gunsten von Umwelt und Gesundheit und im Interesse der heimischen Agrarbetriebe, wieder eine echte Chance haben.

Foto: Freiheitliche Bauernschaft OÖ

Rechnungshof übt scharfe Kritik Steuergeldfriedhof AMA

Zwei Jahre prüfte der Rechnungshof die AMA-Marketing GmbH. Ermöglicht hat-



te dies eine Anfrage des FPÖ-Landwirtschaftssprechers NAbg. Harald Jannach. Im November 2016 stellte der Rechnungshof schließlich den Bericht vor, der zahlreiche Missstände aufzeigt. Satte 55 Empfehlungen und Änderungsvorschläge sind dem Bericht zu entnehmen. „Auf vielen Seiten kritisiert der Rechnungshof die Intransparenz, das undurchsichtige interne Kontrollsystem oder

die Auftragsvergaben durch die AMA-Marketing. Die AMA-Marketing ist ein undurchsichtiger Geldverschiebe-Bahnhof und Selbstbedienungsladen der ÖVP geworden“, so Jannach. Der Antrag von NAbg. Jannach nach einer umfassenden Novelle zum AMA-Gesetz und der Vorschlag nach mehr Transparenz durch parlamentarische Kontrolle, wurde mit der Mehrheit von SPÖ und ÖVP vertagt. Welche Empfehlungen tatsächlich umgesetzt werden, bleibt abzuwarten.

Diskussion: Wirtschaft trifft Landwirtschaft

Am 10. Februar lud Landtagsabgeordneter Peter Handlos zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Wirtschaft trifft Landwirtschaft“ in Lest ein. Mehr als 80 Teilnehmer folgten den Referaten von Bgm. NAbg. Ing. Wolfgang Klinger, (Landesobmann der Freiheitlichen Wirtschaft), LAbg. Ing. Franz Graf (Landwirtschaftskammerrat und Landesobmann Freiheitliche Bauernschaft), Dr. Robert Leitner (Leiter Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft WKO Oberösterreich), sowie der anschließenden Podiumsdiskussion.

„Die österreichische Wirtschaft entwickelt sich in eine falsche Richtung“, kritisierte Klinger die Tatsache, dass die übermäßige

Orientierung am Weltmarkt statt Qualität und Nachhaltigkeit im Vordergrund stünden. Graf unterstrich, dass: „dieser Trend auch in der oberösterreichischen Landwirtschaft schnellstens umgekehrt werden muss.“ Dr. Leitner, Wirtschaftskammer OÖ, untermauerte die Aussagen seiner Vorredner und forderte, dass die Politik rasch die passenden Rahmenbedingungen schaffen müsse.

„Die rege Teilnahme zeigt uns, dass es der Bevölkerung wichtig ist, sich über regionale und überregionale Themen zu informieren aber auch mitzureden. Eine Motivation, künftig weitere Veranstaltungen dieser Art anzubieten“, zeigte sich Handlos erfreut.



Schweiz zu beobachten, wo das Preisniveau viel höher als im EU-Umland ist. „Eine solche Steuererhöhung kann in einem großen Staat wie Deutschland funktionieren, kaum aber in einem kleinen Land“, so Sinabell.

Die Emissionen von Methangas sind laut Landwirtschaftskammer seit 1990 zudem um 15,7 Prozent zurück gegangen, was mit dem verringerten Rinderbestand zu tun habe. Gleichzeitig schneidet Österreich wegen der vermehrten Grasfütterung auf den Almen im Gegensatz zur Stallhaltung besser ab beim Ausstoß von Treibhausgasen. Laut Studie vom „Joint Resarch Centre“ werden im Durchschnitt der EU-Staaten bei der Produktion von einem Kilogramm Rindfleisch 22 kg Kohlendioxidäquivalent (CO) frei, in Österreich jedoch nur 14,2 kg. Dies sei der niedrigste Wert in der EU.

Foto: pixabay

Wirres Wien: Neuer Name für Heldenplatz?

Kanzleramtsminister Thomas Drozda (SPÖ) hat vorgeschlagen, den Wiener Heldenplatz umzubenennen. Der aktuelle Name sei „historisch doch einigermaßen belastet“. Laut Drozda solle der geschichtsträchtige Ort besser in „Platz der Republik“ oder „Platz der Demokratie“ umbenannt werden.



Foto: Wikimedia/Andrew Bossi/CC-BY-SA-2.5

Hurtiger Husky: Mann führt Hund mit Auto Gassi

Im westdeutschen Bünde hat es sich ein Hundebesitzer besonders einfach gemacht: Während einer Autofahrt führte er seinen Husky aus dem Auto heraus Gassi. Auf Facebook sorgte ein Fotobeweis für Entsetzen. Der Hundebesitzer muss jetzt ein Verwarngeld zahlen – in Höhe von fünf Euro.

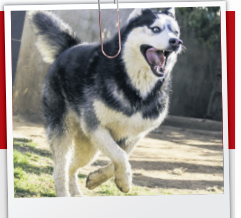


Foto: Pixabay

Regierung verpulvert Steuergeld 23,6 Millionen Euro für „Öffentlichkeitsarbeit“

Ende Jänner stand Österreichs Regierungskoalition erneut kurz vor der Spaltung. Nach einem mehrtägigen Krisengipfel raufte sich SPÖ und ÖVP wieder zusammen. Doch viele Probleme blieben noch immer ungelöst, stellen Polit-Experten fest.

Dazu gehörten u.a. die explodierenden Arbeitslosenzahlen, die Kosten-Krise im Gesundheitswesen, eine völlig chaotische Asyl- und Migrationspolitik sowie – insbesondere in Wien – rasant zunehmender Missbrauch des Sozialstaats durch Ausländer. Im Februar verärgerte Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) bei einem Besuch in Brüssel viele Bürger mit dem Satz „Wir haben niemanden, der in Österreich einen Inländervorrang fordert.“ FPÖ-Boss Heinz-Christian

Strache hielt dagegen: „Natürlich haben wir mit der FPÖ und mir als FPÖ-Obmann eine Partei und Politiker, welche die Interessen der Österreicher zuerst in den Vordergrund stellen, wenn es um Arbeitsplätze für Österreich und den Kampf gegen Arbeitslosigkeit geht. Dies sollte auch die Aufgabe eines österreichischen Verantwortungsträgers sein!“ Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz (ÖVP) glänzte durch halbherzige Schritte, kritisiert Strache. So habe sich die FPÖ seit vielen Jahren für ein Verbot der islamischen Burka-Vollverschleierung und konsequentere Abschiebungen eingesetzt, ohne die Unterstützung der ÖVP zu finden.

Aus Angst vor katastrophalen Ergebnissen bei den Nationalratswahlen schwenke Kurz nun auf den traditionellen FPÖ-Kurs ein. Die anhaltende Regierungskrise scheint sich nun auch in den Ausgaben für Eigenwerbung widerzuspiegeln. So investierte die Regierung allein 2016 23,6 Millionen Euro für Medien-„Öffentlichkeitsarbeit“, wie aus der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage des Nationalrats-Abgeordneten Wolfgang Klinger hervorgeht. Zum Vergleich: 2014 sowie 2015 gab Österreichs Regierung dafür zusammenge-

rechnet 30 Millionen Euro aus. Im vergangenen Jahr investierte allein das Ministerium für Landesverteidigung und Sport 5,6 Millionen Euro in Regierungs-PR.



Foto Hbf: Flickr, Douglas Sprott (CC BY-NC 2.0); Foto Kern: Flickr, SPÖ Presse und Kommunikation (CC BY-SA 2.0)



Kriminalität an Linzer Ö Brennpunkt H

In den vergangenen Monaten hat die Zahl festgestellter Delikte und Attacken am Linzer Hauptbahnhof erneut spürbar zugenommen. Ende Jänner griffen ein Afghane und ein Iraker zusammen mit 13 weiteren Personen einen 26-Jährigen an, stahlen ihm u.a. die Geldbörse und das Handy.

Wenige Tage später wurde ein 16-Jähriger ebenfalls bedroht und beraubt. Asylwerber lieferten sich bereits im Dezember und November 2016 Messerstechereien, es gab mehrere Verletzte. Als es im Februar zu einer Pfefferspray-Attacke mit anschließender Evakuierung kam, platze vielen Bürgern der Kragen. Der Linzer Sicherheitsreferent Detlef Wimmer

mahte konsequentere Abschiebungen der straffälligen Asylwerber bei der dafür zuständigen rot-schwarzen Bundesregierung ein. Zudem leitete Wimmer einen Sicherheitsgipfel zum Thema in die Wege. „Wenn ein Asylwerber eine Straftat, ja sogar mehrere Straftaten begeht, hat er das Recht auf Schutz in unserem Land verwirkt. Die Sicherheit der Bevölke-

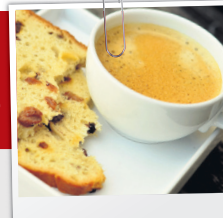
Liebevolles Linz: Tiere feiern Valentinstag im Zoo



Auch im Linzer Zoo beim Pöstlingberg wurde der Valentinstag begangen. Dort hat man zu einer Erwachsenenführung unter dem Motto „Wie Tiere lieben“ eingeladen. Am 16. und 17. April gibt es in dem beliebten Zoo außerdem für Kinder umfangreiche Veranstaltungen anlässlich des Osterfests.

Foto: Zoo Linz

Ruchloser Rumäne: Kaffee & Kuchen nach Festnahme



Einen aggressiv bettelnden Rumänen verhafteten Polizisten in Vöcklabruck. Der Bettler beschimpfte die Beamten auf Rumänisch. Einer der Beamten beherrschte jedoch die Sprache. Die Forderung des Rumänen nach Kaffee und Kuchen blieb unerfüllt, stattdessen gab es eine Anzeige.

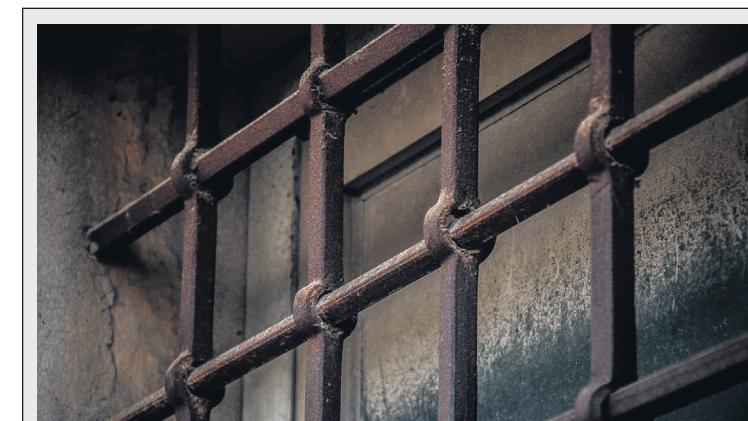
Foto: Pixabay



Info-Drehscheibe uferfertigt am Hauptbahnhof

...ung muss an oberster Stelle stehen“, betonte OÖ-Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek (beide FPÖ). Der grüne Integrations-Landesrat Rudi Anschöber berief dagegen einen sogenannten „Runden Tisch“ ein, zu dem weder Wimmer noch Podgorschek eingeladen waren. Anschöbers Fazit: Es seien mehr Deutschkurse im Umland sowie „aber auch mehr Beschäftigung und auch Sozialarbeit als Zusatzmaßnahmen“ notwendig. Erschütternd: Bei einer Schwerpunktaktion der Polizei am 15. Februar im Lin-

zer Hauptbahnhof gab es 17 Anzeigen und eine Festnahme sowie 165 Identitätskontrollen. Zudem sollen über 50 Vorfälle aus dem Jahr 2016 nie an die Öffentlichkeit gelangt sein. Das geht laut dem oberösterreichischen Medium „Wochenblick“ aus den von der Zeitung veröffentlichten Dienstberichten eines Security-Mitarbeiters hervor. Durch die deutlich erhöhte Polizeistärke vor Ort hat sich die Lage am Hauptbahnhof inzwischen beruhigt. Eine dauerhafte Stabilisierung ist laut Experten jedoch noch nicht in Sicht.



Die Gefängnisse in OÖ platzen aus allen Nähten

1.380 Personen sitzen derzeit in Oberösterreich hinter schwedischen Gardinen – das sind ca. acht Prozent mehr als vor fünf Jahren. Platznot und Personalmangel haben zugleich zugenommen. Während vor fünf Jahren „nur“ die Justizanstalt Garsten als überbelegt galt, herrscht nun auch in Suben und Wels Überbelegung. Vor allem die hohe Zahl krimineller Ausländer wirkt

sich deutlich erschwerend aus. In Suben gab es Ende 2016 etwa statt der vorgesehenen 283 insgesamt 295 Insassen. Der Schäringer FPÖ-Nationalratsabgeordnete Hermann Brückl fordert angesichts des Schock-Befunds: „Die Sicherheit der Wachbeamten und der Bevölkerung ist zu garantieren. Daher ist eine sofortige Aufstockung des Personals unumgänglich.“

Foto: Pixabay

Attacke auf LH-Stv. Dienstwagen: Linksextremismus in OÖ

Nach einer linken Demonstration gegen den friedlich verlaufenen Burschenbundball am 5. Februar griffen sieben Linksextremisten das Auto des LH-Stv. Manfred Haimbuchner (FPÖ) an. Dieser saß gerade, ebenso wie seine Frau Annette, im Fahrzeug. Die Extremisten, von denen sechs aus Deutschland kamen, traten mit Händen und Füßen gegen Heck und Seitenscheiben. „Ich

bin nicht zartbesaitet, aber ich fühlte mich bedroht“, erinnerte sich Haimbuchner. Polizisten nahmen die Täter fest. Bereits vor der Demo kam es zu teilweise erheblichen Sachbeschädigungen.

Symbolfoto: Flickr, Christian Diabli (CC-BY-NC-ND 2.0)



Frau flieht betrunken vor Ehemann in den Wald

Zwischen einem angetrunkenen Paar kam es in der Nacht vom 11. zum 12.2. vor einer Diskothek in Trimmelkam zum hitzigen Wortgefecht. Die 26-Jährige Ehefrau flüchtete anschließend in ein nahes Waldgrundstück. Man fand sie unverletzt, aber unterkühlt neben einer Waldhütte liegend.

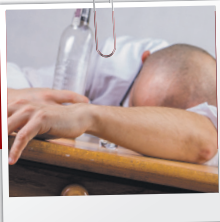


Foto: pixabay

Hundert Meter langer Ölfilm floss in Naarn

28 Feuerwehrmänner mussten am 19.2. in Perg anrücken: Denn an der Leitner-Wehr wurde ein ca. 100 Meter langer Ölfilm mitten auf der Naarn entdeckt. Die Fachkräfte errichteten eine Ölsperre, der Fischbestand überlebte. Die Ursache der massiven Verschmutzung ist vorerst unbekannt.

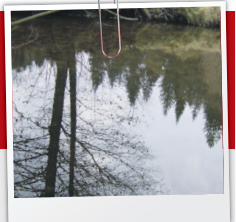


Foto: Wikimedia, Benjiini CC BY-SA 3.0

Fakten lügen nicht: Auch Innenminister Sobotka erkennt eine erschreckend hohe Arbeitslosigkeit bei Asylberechtigten. Während der ÖVP-Minister mehr Integrationspolitik will, betont Haimbuchner dagegen den klaren Vorrang der Österreicher im eigenen Land. ▷

S10-Ausbau belebt den Bezirk Freistadt

Das sind tolle Nachrichten für den Bezirk Freistadt: Insgesamt drei international tätige Unternehmen siedeln sich in Leopoldschlag, Freistadt Nord (Rainbach) und Freistadt Süd an. Eine wesentliche Ursache dafür ist der Ausbau der autobahnähnlichen, 22 Kilometer langen S10 im Mühlviertel. Bereits 2015 wurde die Strecke Richtung Freistadt freigegeben, bis 2024 soll der Abschnitt bis Rainbach fertig gestellt werden. Langfristig sollen darüber sogar Linz und Prag per Schnellstraßennetz verbunden werden. „Die S10 stellt ein tolles Beispiel dar, wie gezielte Infrastrukturprojekte die wirtschaftlichen Entwicklungen einer ganzen Region positiv beeinflussen“, freut sich Infrastruktur-LR Günther Steinkellner (FPÖ). Denn auch der Bezirk Urfahr-Umgebung profitiere vom Schnellstraßen-Ausbau.



Symbolfoto: Flickr, Metropolitico.org (CC BY-SA 2.0)

Arbeitslosigkeit ist bei Asylwerbern enorm hoch Asyl und Zuwanderung lassen Arbeitslosigkeit weiter steigen

Eine bittere Prognose: Laut der EU-Kommission muss Österreich 2018 erneut mit einem Anstieg der bereits hohen Arbeitslosigkeit rechnen.

Demnach sei im kommenden Jahr mit einer Arbeitslosenrate von 6,2 Prozent zu rechnen – mehr als eine halbe Million Menschen wären dann ohne Job. Zum Vergleich: 2015 betrug die Arbeitslosenrate noch 5,7 Prozent. Als wesentliche Ursache betrachtet die EU-Kommission die starke Zuwanderung aus anderen EU-Län-

den sowie die steigende Zahl anerkannter Asylwerber. Die Fakten sprechen diesbezüglich eine klare Sprache: So waren im Jänner 2017 28.720 Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte beim AMS arbeitslos gemeldet.

Laut ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka waren 90 Prozent der Asylberechtigten in Österreich Ende Jänner arbeitslos. Auch die zehn Prozent, die Jobs finden würden, besäßen oft keineswegs eine dauerhafte Beschäftigung. Ein dauerhafter Asylstopp

sei jedoch nicht notwendig. „Wir müssen zuerst die, die bereits hier sind, gut integrieren, bevor wir neu aufnehmen können“, betont ÖVP-Sobotka. „Österreich braucht jetzt zum einen umgehend eine sektorale und temporäre Schließung des Arbeitsmarktes, statt weiterhin die Arbeitslosen aus anderen Staaten zu importieren“, unterstrich dagegen FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl.

Auch in Oberösterreich ist die Zahl der jobsuchenden Asylberechtigten spürbar gestiegen, 1.681 Asylberechtigte waren Ende Jänner ohne Job. Oberösterreichs LH-Stv. Manfred Haimbuchner betonte vor diesem Hintergrund: „Österreicher müssen am Arbeitsmarkt Vorrang haben.“



Foto: Wikimedia, Michael Kranewitter, CC BY-SA 3.0

Mutige Nonne sperrt dreisten Einbrecher ein



Wie gottlos: Am 22.12. hat sich ein Dieb in das Franziskaner-Kloster in Popping eingeschlichen und im Zimmer einer 42-jährigen Ordensschwester Bargeld gestohlen. Doch das Opfer sperrte den Dieb im Zimmer ein, Polizisten nahmen ihn fest – Anzeige auf freiem Fuß.

Foto: pixabay

Stadt Wels spendet Möbel an bedürftige Familien



Neun bedürftige Welser Familien erhielten Möbel aus einer 2016 geschlossenen Welser Jugendherberge. „Es freut mich, dass dieses Inventar somit eine sinnvolle Nachnutzung erhält“, betont die verantwortliche FPÖ-Sozialreferentin und Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger.

Foto: pixabay

Große Empörung über Ideen des rot-grünen Wiens Denkmal für Kommunisten?

Für Entsetzen hatte bei vielen Österreichern die Erlaubnis der Stadt Wien zur Errichtung eines Ho-Chi-Minh-Denkmal gesorgt.

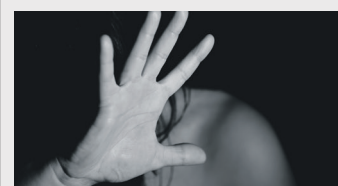
Denn Ho Chi Minh war der historisch bedeutende Kommunistenführer Vietnams und zugleich für den Tod von Millionen Menschen sowie zahlreiche Kriegsverbrechen verantwortlich. Besonders für den Umstand, dass sich die rot-grün-regierte Stadt um die Pflege des Denkmals – nach der Errichtung durch die umstrittene „Gesellschaft Vietnam-Österreich“ – kümmern wollte, hatten viele Internet-Nutzer kein Verständnis.

„In Frankreich z. B. stehen Statuen von Volkshelden wie dem ‚Ritter ohne Furcht und Tadel‘ Terrail, bei uns dagegen errichtet man Denkmäler für ausländische Kommunisten“ ärgert sich ein Leser unter einem Online-Bericht der „Kronen-Zeitung“. Auch Exil-Vietnamesen äußerten ihren Unmut über die Denkmalspläne. Für zusätzlichen Ärger sorgte auch der aktuelle Rechnungshofbericht über die Ausgaben der Bundeshauptstadt für die Mindestsicherung. So stellte sich beispielsweise heraus, dass Fremde selbst

ohne Vorlage eines Ausweises oder einer Aufenthaltsgenehmigung Sozialgeld erhielten. Zudem wurde offenbar der Mindestsicherungs-Bezug von rund 6.000 Asylberechtigten und sogenannten „Subsidiär Schutzberechtigten“ öffentlich verschwiegen.



Foto: pixabay



Räuber überfielen gezielt Behinderte

Ein Minderjährigen-Trio überfiel im Bezirk Braunau in mindestens vier Fällen gezielt Behinderte und Ältere. Laut Medienberichten handelt es sich bei den Tätern um einen Rumänen, einen Serben und einen Türken. Die Polizei geht von „hoher Gewaltbereitschaft“ aus. Die Anzeige erfolgte aber auf freiem Fuß – obwohl sie angaben, sie würden unter Umständen erneut zuschlagen.



Genussfest „Ochs und Most“ lockt nach Steyr

Am 5. und 6.5. werden auch heuer zum „Genussfest“ in der Steyrer Innenstadt Groß und Klein mit kulinarischen Köstlichkeiten und Schmanckerln verwöhnt. Passend zum Motto „Ochs und Most“ stellen die Partner von „Genussland Oberösterreich“ verschiedenste Spezialitäten vor – darunter auch Gourmet-

Bio-Rind, das vor Ort in einer Ochsenbraterei zubereitet wird. Ab dem 7.4. findet in Steyr jeden ersten Freitag im Monat zudem die kulinarische Altstadtführung „Herrentrunk & Kaffeekränzchen“ statt. Geboten werden regionale Gaumenfreunden, gepaart mit geschmackvoll dargebotener Stadtgeschichte.

Foto: pixabay

Medien vertuschen Ausschreitungen

Seit Anfang Februar kam es in Frankreich bei Demonstrationen zu erheblichen Ausschreitungen durch Migranten und Linksextremisten. Der durch Zwangsgebühren finanzierte ORF sprach vor allem von eskalierenden „Protesten“ gegen Polizeigewalt. Bilder und Berichte aus den vor allem von afrikanischen und muslimischen Einwanderern bewohnten Pariser Vorstädten zeigten hingegen Autobrände und randalierende Banden. Rund 20 Städte in Frankreich sollen Mitte Februar bereits betroffen gewesen sein. Laut Medienberichten befand sich zeitweise etwa die Hälfte des französischen Militärs im Einsatz. Auch in Schweden kam es zu

erheblichen Ausschreitungen: Am 21.2. wurden im zu 80 Prozent von Migranten bewohnten Stockholmer Vorort Rinkeby zehn Autos angezündet und mehrere Geschäfte geplündert. Es gab drei Verletzte sowie Steinwürfe auf Polizisten, ein Polizist musste einen Schuss abfeuern. Im Vorfeld hatte eine Warnung des US-amerikanischen Präsidenten Trump vor den Folgen der schwedischen Asylpolitik für Erheiterung bei seinen Gegnern gesorgt. Das Land hat in Folge von Masseneinwanderung aus dem muslimischen und afrikanischen Raum seit vielen Jahren mit einer erheblich erhöhten Vergewaltigungs- und Kriminalitätsrate zu kämpfen.



Foto: kremlin.ru

◁ Österreich pflegte stets gute Beziehungen zu Russland: Heinz Fischer und Wladimir Putin

Stein des Anstoßes: Die Krim ▷



Foto: Wikimedia, Heperit, Maccaurini CC BY-SA 3.0

Die europäische Landwirtschaft am Wirtschaftskiller Russ

Die Entscheidung der Krim, ein Land so groß wie etwa Oberösterreich und die Steiermark zusammen, ruft die Weltpolitik auf den Plan. Die Eingliederung in die Russische Föderation wird von den Vereinten Nationen nicht anerkannt. Sanktionen, Gegensanktionen, Ergebnis: Die Wirtschaft in Europa leidet.

Die Ukraine ist der zweitgrößte Staat in Europa. Die Halbinsel Krim war von 1783 bis 1954 ein Teil von Russland, bis sie zum 300. Jubiläum des ukrainischen Beitritts zu Russland im Jahr 1654, als Geschenk an die damalige Ukrainische Sowjetrepublik übertragen wurde. Nach dem Zerfall der Sowjetunion verblieb die Krim in der neu geschaffenen Republik Ukraine. Zbigniew Brzezinski (1966–1968 Berater von US-Präsident Lyndon B. Johnson, 1977 bis 1981 Si-

cherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter) bezeichnet die Ukraine in seinem Buch „Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft“

Massendemos am Maidan

(1997) als „Dreh- und Angelpunkt“. Die Begründung: „Weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr.“

Als Ende 2013 der damalige Ukrainische Präsident, Wiktor Janukowytsch mitteilte, er wolle das über Jahre ausgehandelte und unterschriftsreife Assoziierungsabkommen mit der EU doch nicht gegenzeichnen, kam es zu Massenprotesten in Kiew (Maidan).



Foto: kremlin.ru

Das Parlament wurde von der Opposition übernommen und der Präsident seines Amtes enthoben. Der Europäische Rat produzierte daraufhin eine kurze Dokumentation mit dem Titel „Menschen des Maidan“. Dabei sollte das Aufbegehren der ukrainischen Bevölkerung gegen die Machenschaften ihres gewählten, aber korrupten Präsidenten, der ihnen den versprochen geglaubten Weg in die Europäische Union versperrte, vermittelt werden.

95% wollen zu Russland

Die Krim war gegen einen ihrer Meinung nach „verfassungswidrigen Machtwechsel“ und den anti-russischen Kurs, den die Maidan-Proteste zur Folge hatten. Über 95 Prozent der Bewohner der Krim sprachen sich deshalb in einer Abstimmung für die Eingliederung in die Russische Föderation aus. Von den Vereinten Nationen wird diese Entscheidung abgelehnt und nicht anerkannt. Aus diesem Grund hat die Europäische Union seit März 2014 nach und nach Sanktionen gegen Russland erlassen. Der Kreml argumentiert, er glaube an das Recht der Menschen auf die selbstbestimmte Wahl der eigenen Zugehörigkeit und verwies auf den Fall Kosovo. Im August 2014 wurden erstmals Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt, die zuletzt bis 31. Juli 2017 verlängert wurden. Russland antwortete darauf mit Gegensanktionen. Zwischen 2000 und 2008 hat der österreichische Export nach Russland um 354

◁ Übt heftige Kritik an den Russland-Sanktionen und sieht darin eine Bedrohung für die österreichische Wirtschaft: WKO-Boss Christoph Leitl

Am 16. März 2014 begann das Referendum zum Status der Krim, in welchem sich 95% für die Eingliederung in die Russische Föderation aussprachen. Im Bild v.l.: am 18. März unterschreiben S. Aksyонов, V. Konstantinov, V. Putin und A. Chaly die Wiedereingliederung der Krim. ▷



Foto li.: kremlin.ru; Foto Jannach: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS



Hohes Haus

Ein Schaden für uns Landwirte

Seit gut zweieinhalb Jahren gibt es nun schon die sogenannten Russland-Sanktionen und Europa hat sich und seiner Landwirtschaft damit nichts Gutes getan.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut gab kürzlich eine Studie heraus, welche bestätigt, dass dieses Embargo Österreich 550 Mio. € und über 7.000 Jobs gekostet hat. Europaweit waren es bis dato 17,6 Mrd. € und über 400.000 verlorene Jobs.

Diese Zahlen werden von den Medien bagatellisiert und als „halb-so-schlimm“ dargestellt, denn man rechnete mit

Harald Jannach

noch weit höheren Verlusten. Was aber die Medien und die verantwortlichen Politiker verschweigen, oder übersehen, ist die Tatsache, dass Russland durch das Einfuhrverbot von landwirtschaftlichen Produkten in den letzten Jahren hart an der eigenen Landwirtschaft gearbeitet hat und nun viele Lebensmittel, welche früher von Europa und Österreich importiert wurden, selbst herstellt. Der große, russische Markt ist also de facto weg, selbst wenn die Sanktionen aufgehoben würden.

Auch wenn Österreich nun nicht der größte Exporteur von Lebensmitteln war, so haben die Bauern dennoch arg mit den Sanktionen zu kämpfen. Jene Lebensmittel nämlich, welche nicht nach Russland verkauft werden können, überschwemmen nun auch den österreichischen Markt und drücken demnach den Preis.

Die FPÖ fordert seit langem ein Ende dieser unsinnigen Sanktionen und man kann nur hoffen, dass das Embargo nicht wieder verlängert wird.

Silbertablett der Weltpolitik land-Sanktionen

Prozent zugenommen, das geht aus den Zahlen, die die Österreichische Botschaft in Moskau veröffentlichte, hervor. Die Wirtschaftsbeziehungen liefen demnach sehr gut. Was die Russland-Sanktionen bewirkt haben, geht aus der aktuellen WIFO Studie hervor: Der Wirt-

18 Milliarden Euro Schaden

schaftskrieg mit Russland hat den EU-Staaten alleine im Jahr 2015 einen Schaden von 18 Milliarden Euro beschert. Etwa 400.000 Jobs sind verlorengegangen. In Österreich hat sich die Wirtschaftsleistung im Jahr 2015 um 550 Millionen Euro reduziert, rund 7.000 Arbeitsplätze waren betroffen. Der überwiegende Teil des Schadens soll, der Studie zufolge, der allgemeinen wirtschaftlichen Situation in Russland geschuldet sein. In Österreich sollen demnach „nur“ 36 Prozent des Exportausfalls am russischen Markt auf die Sanktionen zurückzuführen sein. EU-Kommissar Phil Hogan sieht wachsende Probleme auf die europäische Landwirtschaft zukommen, er bezifferte die aktuellen Einbußen durch die Sanktionen auf 5,2 Milliarden Euro. Ob die verloren gegan-

Zankapfel Sanktionen

nen Marktanteile mit einem Embargo-Ende wieder voll zurückgewonnen werden können, hält Hogan für fraglich. „Österreich ist gegen eine Verschärfung oder Verlängerung dieser Einschränkungen“, deponierte Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) noch im November. Die Realität: ÖVP und SPÖ haben alle Beschlüsse in

Brüssel mitgetragen. „Gerade in wirtschaftlich instabilen Zeiten müssen wir uns Richtung verlässliche Partner, wie Russland seit jeher einer war, orientieren und sie nicht auf Zuruf Dritter aussperren“, fordert stattdessen FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache.

Aus immer mehr Ländern der EU mehrt sich der Widerstand gegen den Wirtschaftskrieg mit Russland. Die führenden Köpfe wären gut beraten, diese Kritik ernst zu nehmen. Oder behält der zukünftige US-Botschafter in der EU, Ted Malloch, recht, wenn er die Europäische Union grundsätzlich als eine „supranationale Organisation, ungewählt, in der Bürokraten Amok laufen“ bezeichnet?



Foto: kremlin.ru

Peinlich peinlich: UBV hat sich völlig verrant

In seiner jüngsten Aussendung hat sich der Unabhängige Bauernverband ordentlich verrannt. Im Faltblatt des UBV bezieht man sich auf eine angebliche Forderung der FPÖ zum Verbot der Ferkelkastration. Peinlich ist nur: so eine Forderung von freiheitlicher Seite gibt es gar nicht!

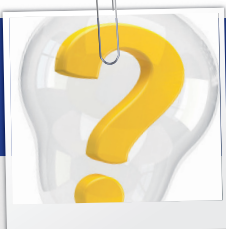


Foto: pixabay

Kommen bald höhere Mehrwertsteuersätze?

Die Agrarwirtschaft übt Kritik an den Steuerplänen der Regierung, nach denen die begünstigten Mehrwertsteuersätze der Reform geopfert werden sollen. Der Saatgutmarkt ist in Österreich rund 100 Millionen Euro groß. Bei Futtermitteln geht es um mehr als 500 Millionen Euro Umsatz im Jahr.



Foto: pixabay

Bunte Vielfalt die wirklich bereichert



„Wer seine Heimat liebt, der schützt sie. Als Naturschutzreferent ist es mir daher ein besonderes Anliegen, unsere einzigartige, vielfältige und artenreiche Natur als Vermächtnis für unsere Kinder zu bewahren“, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner anlässlich einer Pressekonferenz zu den Vorhaben im Artenschutz im heurigen Jahr. Oberösterreich ist ein sehr artenreiches Bundesland und die Vorkommen einiger Tier- und Pflanzenarten sind europaweit einzigartig. Das heißt aber nicht, dass man deswegen zufrieden die Hände in den Schoß legen darf, denn es gilt, eine möglichst große Vielfalt zu schaffen und zu erhalten. In der Öffentlichkeitsarbeit sollen daher folgende Tier- und Pflanzenarten heuer besonders im Fokus stehen: Tagfalter als farbenprächtige Verwandlungskünstler, der Sterlet, die Flechten, der Hirschkäfer und der Lungenenzian. Um den Menschen die heimische Flora und Fauna näher zu bringen, findet am 17. Juni wieder das Fest der Natur im Volksgarten in Linz statt und bietet für Klein und Groß Überraschungen und Unterhaltung.

Foto: Wikimedia, Holger Gröschl CC BY-SA 2.0



Oberösterreich muss weiter ein innovativ Er kämpft für alterna

Die freiheitliche Fraktion im oberösterreichischen Landtag setzt sich dafür ein, dass Biogasanlagen und Kleinwasserkraftwerke auch weiterhin gefördert werden. Dies sei nicht nur aus ökologischen Gründen notwendig, sondern auch um Oberösterreich weiterhin als innovatives Bundesland im Ökostromsektor zu platzieren.

„Die Kleinwasser- und Biogasanlagenbranche steht kurz vor dem Aus“, sieht FP-Klubobmann Herwig Mahr dringenden Handlungsbedarf im Energiesektor. „Wir Freiheitliche setzen uns entschieden für nachhaltige und krisensichere Energie ein.“ Österreich sei ein Land, das mit Wasserkraft und anderen alternativen Energiequellen ein Großteil seines Energiebedarfes decken kann. „Wird die Förderung der Bio-

gasanlagen nicht verlängert, droht mindestens acht von zehn Betreibern die Schließung. Das trifft vor allem unsere innovativen oberösterreichischen Landwirte“, kämpft der freiheitliche Klubobmann gegen diese Ungerechtigkeit an, „die vor mehr als zehn Jahren Unsummen in die zukunftsweisende Biogastechnologie investiert haben. Diese Form der Energieerzeugung kann nur weiterbestehen, wenn

die Laufzeit der Einspeisetarife verlängert wird.“

„Die Kleinwasserkraftwerke stützen die nachhaltige Energieversorgung in Oberösterreich. Zudem liefern die Errichtung und der Betrieb dieser Anlagen einen wichtigen Wertschöpfungseffekt und sichern Arbeitsplätze. Außerdem vermeidet die Kleinwasserkraft im Vergleich zur Stromproduktion ca. 480.000 Tonnen CO₂ pro Jahr“, erwähnt Klubobmann Mahr und fordert abschließend, diese entsprechend abzusichern. „Mit dem aktuellen Marktpreis von 2,86 Cent je Kilowattstunde ist ein wirtschaftlicher Betrieb jedenfalls nicht möglich.“ Derzeit sind

Österreich wird immer kuhler: Mehr Rinder



In Österreich werden im Vergleich zu 2015 um 1,1 % mehr Rinder gehalten. Parallel dazu sank aber die Anzahl rinderhaltender Betriebe um denselben Prozentsatz. Auch Schafe und Ziegen werden mehr. Zum Stichtag 1. Dezember 2016 wurden insgesamt rund 1.954.000 Rinder gehalten.

Foto: pixabay

Gefälschte Pestizide kosten Arbeitsplätze



In der EU entsteht auf Grund von gefälschten Pflanzenschutzmitteln jährlich ein Verlust legaler Einnahmen in Höhe von 13,8 %. Diese Einbußen sorgten bei den Herstellern zum Abbau von 2.600 Jobs. Die Gesamtverluste für Steuer- und Sozialsystem belaufen sich EU-weit auf etwa 238 Mio. Euro.

Foto: pixabay

SVB steht vor großen Problemen

Knapp bei Kasse

Durch die sinkende Zahl der aktiven Bauern und die steigende Anzahl der Pensionisten wird das Sozialsystem der Landwirte stark belastet. In der SVB Oberösterreich sind von 64.800 Versicherten bereits 35.000 Pensionisten - Tendenz steigend. Vor allem das Jahr 2017 wird schwierig, da die erste Neufeststellung der Einheitswerte seit 1988 auch über die künftigen Beiträge zur Sozialversicherung entscheidet. Nicht nur der Ertragswert der

Grundstücke, sondern auch ein Teil der EU-Förderung wird eingerechnet. Vor allem in Ungunstlagen kommt es durch diese Regelungen zu teilweise drastischen Erhöhungen des Einheitswerts. Die Ertragslage wird dadurch nicht gerechter und gefährdet zusätzlich die Existenz der Bauern in Ungunstlagen. Der Einheitswert ist aber nicht nur die Basis für die Sozialversicherungsbeiträge, sondern auch für Grundsteuer und den Kammerbeitrag.

Verschärft wird diese Entwicklung noch durch das Bauernsterben und das Wachsen der großen Betriebe. Denn diese liegen bereits oft über der Höchstbeitragsgrundlage und bringen keine zusätzlichen Einnahmen für die SVB mehr.



Foto: pixabay

es Bundesland bleiben tative Energien

in Oberösterreich ca. 70 Biogasanlagen mit einer elektrischen Gesamtleistung von ca. 12.000 kW in Betrieb. Etwa 28.000 Haushalte können mit Strom versorgt werden. Die anfallende Abwärme reicht aus, um ca. 4.600 Haushalte zu versorgen. Diese effizienten oberösterreichischen Biogasanlagen tragen zur Deckung von Spitzen- und Dauerenergie und auch zu einer sicheren und umweltfreundlichen Energieversorgung bei. Eine 500 kW Anlage spart mehr als eine Million Liter Heizöl ein. Ähnliches gilt auch im Bereich der Kleinwasserkraftwerke. Diese stellen zusätzlich zum Biogas einen wichtigen

Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung dar. Rund 660 Kleinwasserkraftwerke versorgen an die 210.000 Haushalte und liefern ca. 609 Mio. kWh Ökostrom ins öffentliche Netz. Im Vergleich zur Stromproduktion mit fossilen Energieträgern vermeiden sie jährlich ca. 480.000 Tonnen CO₂. Die Bundesregierung muss sich daher für einen fairen Abnahmepreis für Kleinwasserkraftstrom und Biogasstrom einsetzen. Auch ausreichend hohe Investitionszuschüsse für die Errichtung von Begleitmaßnahmen, wie z.B. Fischaufstiegshilfen, für die Kleinwasserkraft sind sicherzustellen.

Foto: Mahr; Denise Stinglmayr; Hintergrund: pixabay

Schweinebestand ist weiter im Sinkflug

Während der Gesamtbestand an Schweinen weiter rückläufig ist, stabilisiert sich der Schweinemarkt durch das knappere Angebot weiter. Der österreichische Ferkel-Basispreis verzeichnet Mitte Februar 2017 ein leichtes Plus von 5 Cent auf 2,65 Euro/kg. Das Angebot an Ferkeln ist aber weiterhin knapp. Am Stichtag 1. Dezember 2016 gab es rund 2,79 Mio. Tiere in Österreich. Das waren um 1,9% oder 52.600 Stück weniger als im Vorjahr. Der Bestand an Zuchtschweinen nahm im Vergleich zum Vorjahr

um 3,6% auf 241.000 ab. Die Bundesländer Oberösterreich, Niederösterreich und Steiermark, die in der Schweinehaltung in Österreich maßgeblich sind, erhöhten ihren Anteil am Gesamtbestand von 92,9% im Jahr 2015 auf 93, 3% im vergangenen Jahr.



Foto: pixabay



Wir
Bäuerinnen

Lehrberufe als Zukunftschance

In Zeiten wie diesen, ist es noch wichtiger einen Lehrberuf zu erlernen, als in den Jahren zuvor. Eine abgeschlossene Ausbildung, mit gleichzeitiger praktischer Berufserfahrung ist nicht nur der erste Schritt nach der Pflichtschule, sondern ein unschätzbare Wert für das ganze Leben. Ein weiterer Vorteil: Ein geregelter, strukturierter Tagesablauf und das frühe Einkommen fördern die Selbständigkeit. Will der junge Erwachsene sein Interesse und Wissen weiter vertiefen, ist die Möglichkeit zum Meister

Helga Maislinger

oder zum Studium geben. Im Segment Land- und Forstwirtschaft stehen den Jugendlichen österreichweit 15 verschiedene Lehrberufe zur Verfügung. Ob sich ein junger zukünftiger Hofübernehmer oder Hofübernehmerin für eine landwirtschaftliche Lehre oder für eine klassische Lehre, wie zum Beispiel Landmaschinenmechaniker, entscheidet, ist vom jeweiligen Interesse abhängig, das es individuell zu fördern gilt. Vor allem technische Lehrberufe ermöglichen es, viele Tätigkeiten am Hof selbständig durchzuführen. Das ist in Anbetracht der stetig steigenden Preise für Dienstleistungen ein interessanter Aspekt. Im Zusammenhang mit einer anschließenden Absolvierung einer land- und forstwirtschaftlichen Abendschule oder umgekehrt, zuerst eine Land- und forstwirtschaftliche Fachschule und dann eine Lehre, ist der zukünftige Hofübernehmer jedenfalls mit praktischem Sachverstand und Spezialwissen bestens ausgestattet.



Anfang März können Volksmusikfans in Bad Goisern noch einiges dazulernen

Vom 3. bis 5. März findet in der Landesmusikschule Bad Goisern wieder ein Volksmusikwochenende statt. Das Seminar richtet sich an alle Interessierten und jene, die es noch werden wollen. Geprobt und geübt werden volksmusikalische Weisen und die dazu nötige Technik auf dem jeweiligen Instrument, sowie das Ensemble-Spiel und die Zusammengehörigkeit von Musik, Tanz und Liedern aus der Volkskultur. Weitere Informationen unter www.krensi-musi.com

23.000 Jobs und Wertschöpfung von 1,1 Mrd. Euro Pferdewirtschaft am Boden

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Pferdewirtschaft verschlechtern sich seit Jahren, weshalb viele Pferdezüchter vor dem Aus stehen.

In Österreich gibt es nach Expertenschätzungen ca. 120.000 Pferde, rund 75 Prozent davon sind in landwirtschaftlichen Betrieben eingestellt. Die Pferdewirtschaft sichert rund 23.000 Arbeitsplätze und sorgt für eine Wertschöpfung von 1,1 Milliarden Euro.

Für einen wachsenden Teil dieser Betriebe, die Zentrale Arbeitsgemeinschaft der Ös-

terreichischen Pferdezüchter (ZAP) geht von ca. 5.000 aus, stellt die gegenwärtige Rechtslage nun ein immer größeres Problem dar. Die gültige Gewerbeordnung legt fest, dass das Einstellen und Vermieten von Pferden ein untergeordnetes Nebengewerbe der Land- und Forstwirtschaft sei. Um den unbestimmten Begriff des „untergeordneten Gewerbes“ kommt es nun immer wieder zu rigiden Urteilen von Gerichten. War noch vor wenigen Jahren ein Anteil von 40 bis 45 % „untergeordnet“, so geht der Verwaltungsge-

richtshof inzwischen von nur mehr 10 % Betriebsanteil aus. Viele Betriebe übersteigen diese Grenze, was zu steuer- und gewerberechtlichen Problemen bis hin zur Betriebsschließung führen kann. Die ZAP strebt daher eine Änderung der Gewerbeordnung an.



EU befasst sich halbherzig mit dem Bauernsterben

Eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der EU soll „so viele Landwirte wie möglich“ in ihrem Beruf halten, wenn man den Worten von Agrarkommissar Phil Hogan Glauben schenken darf.

Die letzte Reform hatte es zwar erst 2013 gegeben, dennoch startete die Brüsseler Behörde ein Konsultationsverfahren dessen Ergebnisse im Sommer vorliegen sollen. Hogan ist der Meinung, man habe derzeit „zu komplexe und umständliche“ Regeln für die Landwirtschaft. Gerade für die kleinen Landwirte, die nicht die notwendigen Ressourcen aufwiesen. Dass die EU und auch seine eige-

ne Behörde an der Situation nicht unschuldig ist, erwähnt Hogan indes nicht. Auch die Finanzierung der nun angestrebten Reform liegt noch im Dunkeln. Hogan sagte dazu, dass die Bauern künftig ei-

nen noch größeren Beitrag zum Allgemeinwohl leisten würden. Wenn die Menschen die höchsten Standards im Lebensmittelbereich haben wollten, „kann man das nicht gratis haben“.



Schau vorbei am Bauernmarkt Bad Hall



Jeden Freitag zwischen 14 und 17 Uhr findet in Bad Hall der Bauernmarkt statt. Die Palette der Produkte die angeboten werden, reicht vom saisonalen Obst und Gemüse über Käse, Fisch, Milchprodukte, Fleischwaren bis zu Wurstsorten, Brot und Gebäck, Getränke und selbstgemachte Mehlspeisen.

Foto: pixabay

Beim Biermärz mit Bierologen plaudern

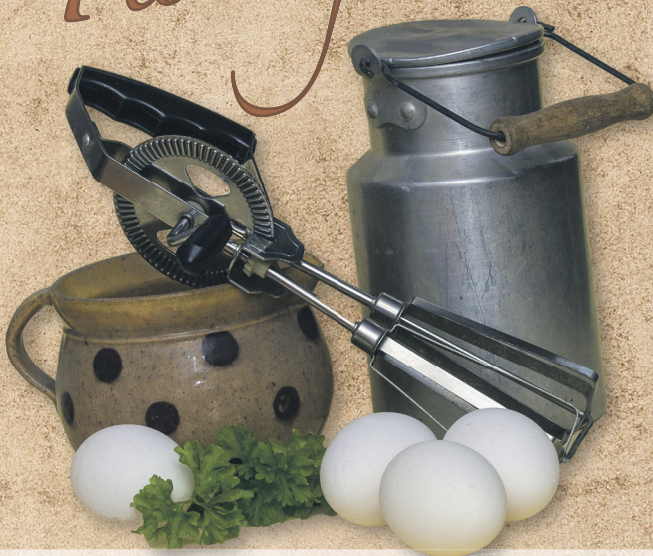


Vom 1. bis 31. März findet der 5. Innviertler Biermärz statt. Das Programm ist so abwechslungsreich wie die Biervielfalt im Innviertel: Bierologen-Stammtische, Wirtshaus- & Gstanzlsingen mit der Innviertler 6er Musi, Tage der offenen Brauereien, Kunstmuseen und vieles mehr. www.biermaerz.at

Foto: pixabay



Festtags-Striezel



Zutaten:

110 g Zucker
4 Eidotter
10 g Salz
20 g Rum
1 Packerl Vanillezucker
110 g Butter
Zitronenschale
1 Packerl Germ
320 g Milch
750 g Mehl

Zubereitung:

- Dotter, Zucker, Salz, Rum, Vanillezucker und Zitronenschale verrühren.
- Anschließend die zerlassene Butter unterrühren.
- Germ in der lauwarmen Milch auflösen und mit der Dottermasse und Mehl zu einem Teig verkneten.
- Den Teig warm stellen und solange aufgehen lassen, bis er sich verdoppelt hat.
- Anschließend den Teig kneten und in gleichmäßige Stücke teilen.
- Einen Zopf flechten, diesen anschließend mit Eidotter bestreichen und mit Hagelzucker bestreuen und ca. 20 min gehen lassen.
- Bei 180°C ca. 30 Minuten backen.

Über's Eierpecken und Antlaßeier

Rund um das Osterfest gibt es eine Vielzahl von Bräuchen und Feiern. Einige davon drehen sich um das beliebte Osterei. In vielen Regionen Oberösterreichs kennt man etwa noch die „Antlaßeier“. Das sind Eier, die am Gründonnerstag, dem Antlaßtag, gelegt und am Ostersonntag in der Kirche geweiht wurden. Man bewahrte sie lange auf. Den „Antlaßoa“, also den am Gründonnerstag gelegten Eiern, sagt man besondere Kräfte nach: auf den Dachboden gelegt, sollen sie vor Blitzschlag schützen, im Feld vergraben, Fruchtbarkeit bringen und in den Stall gehängt vor bösen Hexen schützen.

Besonders beliebt ist auch das „Eierpecken“ zur Osterzeit. Verbreitet ist der Brauch vor allem in der bayerischen Oberpfalz, in vielen Regionen von Altbayern, in Südtirol, in vielen Regionen von Österreich über den Balkan bis nach Russland, in der deutschsprachigen Schweiz, jedoch auch im Rheinland, in Luxemburg und Teilen von Schweden.

Zwei Spieler nehmen dabei je ein hart gekochtes Osterei in die Hand. Ein Spieler fängt an und schlägt mit der Spitze seines Eis auf die Eispitze seines Gegenspielers, mit der Absicht, dessen Schale zu zerbrechen. In der Familie wird das Eierpecken reihum am Tisch gespielt. Sieger ist, wessen Ei zum Schluss als einziges noch unversehrt ist.



Hoch am Berg...

Milchmarkt weiter turbulent

Bereits in diesem Monat könnten die Milchpreise europaweit wieder sinken. Der Grund: 350.000 Tonnen Magermilchpulver aus den Interventionslagern müssen auf den Markt gebracht werden. Welche zerstörerischen Auswirkungen die Liberalisierung des europäischen Milchmarktes auf die heimischen Milchbetriebe hat, scheint unseren Politikern nicht bewusst zu sein. China werde die „Milch aus Europa absaugen“, war sich damals Landwirtschaftsminister Rupprechter sicher. Es ist erschreckend, mit welcher Ig-

Rudolf Dilly

noranz heimische politische Entscheidungsträger geschlagen sind. Es hat nichts mit Wirtschaftskompetenz zu tun, wenn Vorgaben, die sich Schreibtischtäter aus Brüssel ausdenken, nachgebetet werden. Nebenbei werden von diesem Personenkreis alle konstruktiven Lösungsvorschläge als lächerlich abgetan. Was diese schrankenlose Milchmarktpolitik anrichtet, sieht man am Beispiel Afrika. Der Markt wird dort mit europäischer Billigmilch überschwemmt, was die afrikanische Landwirtschaft in den Ruin treibt. Die Folgen sind Landflucht und Verelendung in den städtischen Ballungsräumen. Der ansteigende Migrationsdruck nach Europa steht damit in direktem Zusammenhang. Mit nachhaltigem Wirtschaften und verantwortungsvollem Handeln hat das nichts zu tun. Wir, die Freiheitliche Bauernschaft, fordern eine wirksame Mengensteuerung und einen garantierten Kostenausgleich für unsere, im internationalen Vergleich, kleinstrukturierte Landwirtschaft.



Heumilchbauern blicken auf ein erfolgreiches Jahr zurück - Zuschläge bis zu 18 Cent/kg

Etwa 8.000 österreichische Milchbauern, vornehmlich in Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Oberösterreich sowie der Steiermark, erzeugen als ARGE Heumilch jährlich rund 480 Mio. kg Heumilch, die hauptsächlich zu Käse (80 %) sowie zu Trinkmilch und Joghurt (15 %) verarbeitet wird. Insgesamt gibt es über 600 verschiedene Heumilcherzeugnisse. Der Mehrwert für die rund 60 Betriebe betrug 2016 etwa 30 Mio. Euro mit Zuschlägen zwischen 7 und 18 Cent/kg.

Foto: pixabay

Europäische Milch-Politik gleicht Kamikaze Mit Volldampf gegen die

Wie man die gewachsene Tradition der Milchproduktion erfolgreich gegen die Wand fahren kann, führt uns die Europäische Union deutlich vor Augen.

Kamikaze wurde eine japanische Spezialtruppe der Kaiserlichen Marineluftwaffe im Zweiten Weltkrieg genannt. Es waren Piloten, die durch Selbstmordangriffe gegen Schiffe der Kriegsgegner flogen. Die Auftragserteilung bezahlten sie mit ihrem Leben. Unsere heimischen Bauern haben die Vorgaben, die in Brüssel geschmiedet werden, auch auszuführen. Das Gesetz ist einzuhalten, sonst droht Strafe. Die Rahmenbedingungen für die Europäische Milchpolitik gleichen ebenso einer regelrechten Kamikaze-Aktion.

Milchquote

Vor zwei Jahren wurde die Milchquote abgeschafft. Die

Vorgabe, den Milchmarkt zu liberalisieren, ist bereits Jahre zuvor gefallen. Expandieren, haben die ÖVP-Agrarpolitiker deshalb schon rechtzeitig den Bauern geraten. Auf Grund der Quotenüberschreitung sollen die heimischen Bauern deshalb in den vergangenen 20 Jahren 450 Millionen Euro Strafe gezahlt haben. „Wir haben uns dabei auf eine Prognose der EU berufen, die

LK gesteht Irrtum

meinte, dass der Milchmarkt wachsen wird. Damit haben sie sich aber leider geirrt“, sagt Josef Siffert, Sprecher der Landwirtschaftskammer Österreich.

Doch die Kuh muss gemolken werden. Deshalb wird der

Überschuss zu Milchpulver verarbeitet und von der EU in großem Stil aufgekauft, wenn der Preis unter eine bestimmte Grenze fällt (2016: 350.000 Tonnen). Das Pulver wird in Hallen eingelagert und hofft auf bessere Zeiten. Wann der Tag gekommen ist, entscheidet Brüssel.

Milchpulver

„Die Exporterfolge der deutschen und europäischen Milchwirtschaft bestehen bisher hauptsächlich aus einem höheren Absatz von Magermilchpulver und Molkepulver. Vor allem Milchpulver ist ein standardisiertes Massenprodukt. Wettbewerb findet vor allem über den Preis statt. Mit dem Ziel, auskömmliche Erzeugerpreise für Milch zu sichern, sind Milchpulverexporte daher kaum vereinbar“, erläutert Tobias Reichert von Germanwatch. Im Jahr 2014 betrug der Anteil von Milch- und Molkepulver mehr als 60% der EU-Milchexporte.

Exporte nach Afrika

„Afrika ist der wichtigste Absatzmarkt für Milchpulver aus der EU. 2013 ging ein Fünftel der EU-Exporte nach Afrika südlich der Sahara, weitere 14% nach Nordafrika“, erklärt Kerstin Lanje, Expertin für Welthandel und Ernährung bei MISEREOR. In den Jahren 2005-2015 sollen sich die EU-Exporte dorthin mehr als verdoppelt haben. „Mit Pflanzenfett angereichertes Mager-



Foto: pixabay



Finanzinvestoren kaufen Agrarflächen auf - nur noch zwei Drittel aller Agrarflächen in Bauernhand

Immer mehr Finanzinvestoren stecken ihr Geld vermehrt in Wiesen, Felder und Wälder und lukrieren teilweise hohe Renditen. Ein Drittel der österreichischen Agrarflächen ist bereits in nicht bäuerlichem Besitz. Schuld ist das Grundverkehrsgesetz. Kostete ein Quadratmeter landwirtschaftlicher Nutzgrund mit guter Bonität etwa im oberösterreichischen Zentralraum im Jahr 2005 bis zu sieben Euro, sind es jetzt mitunter 15 Euro oder sogar deutlich mehr.

Foto: pixabay

ikaze-Aktion e Wand

milchpulver, das aufs unterste Marktsegment abzielt, gilt als der neue Exportschlagler der EU in Afrika“, so Francisco Mari, Referent für Welternährung, Agrarhandel und Meeresspolitik von „Brot für die Welt“. In einer Dokumentation des ZDF zum Thema „Der Irrsinn mit der Milch“, wird die Situation der afrikanischen Bauern, die unter der billigen Milch aus der EU leiden, dargestellt. Wie kann es sich lohnen, Milch so weit zu transportieren? „Sowohl über die Subventionen, als auch über die intensive Haltung, schafft es Europa auf dem gesamten Milchmarkt der Welt mitzubieten“, erklärt Mari. Deshalb

Europas Billigmilch

kann europäische Milch sogar mit der, die in Afrika produziert wird, konkurrieren. Joghurt der Firma Zott kostet in Kamerun weniger als das vor Ort produzierte. Die örtliche Genossenschaft zahlt immerhin mindestens 37 Cent pro Liter Milch. Es wird deshalb befürchtet, dass sich in naher Zukunft die wirtschaftliche Lage der afrikanischen Hirtenfamilien, die etwa ein Drittel der Bevölkerung ausmachen, durch mehr Importe aus der EU weiter verschlechtert. „Eine Debatte über den künftigen Weg der Milcherzeugung in Deutschland ist längst überfällig; allerdings sollte sie nicht allein den Agrarökonom überlassen bleiben“, fordert Prof. Dr. Albert Sundrum, Universität Kassel.



Wer wird bald den Ton angeben?

Am Saatgutmarkt werden die Karten neu gemischt

Monsanto führt die Liste der weltgrößten Agrarchemie-Konzerne an. Seit den 1990er Jahren hat das Unternehmen rund um die Welt Firmen aufgekauft und beherrscht nun ein Viertel des weltweiten kommerziellen Saatgutmarktes. Dabei führen die aufgekauften Firmen in den meisten Fällen ihren ursprünglichen Namen weiter, die Zugehörigkeit zu Monsanto ist somit nicht klar ersichtlich. Syngenta, DuPont, Bayer, Dow, BASF und ChemChina folgen Monsanto derzeit noch in der Rangliste. 2017 sollen die Karten jedoch neu gemischt werden. Wenn die Kartellbehörden der USA und der EU grünes Licht geben, werden aus den sieben Unternehmen vier. Geplant ist die Übernahme von Monsanto durch Bayer, DuPont und Dow wollen fusionieren und ChemChina will Syngenta kaufen. Das Resultat davon wäre, dass alleine drei Konzerne mehr als 60 Prozent

der Märkte für kommerzielles Saatgut und Agrarchemikalien beherrschen würden. Das Verdrängen beziehungsweise Aufkaufen der Konkurrenz hat zum Ziel, den Wettbewerb so weit wie möglich auszuschalten. „Hinzu kommt der politische Einfluss: Je größer ein international agierendes Unternehmen, desto weitreichender ist seine Lobbyarbeit und damit sein Einfluss auf die Gesetzgebung“, so die Autoren des „Konzernatlas 2017“. Wer die Saat hat, hat das Sagen. Wer die Kontrolle über das Saatgut hat, hat sie auch über die Landwirtschaft und somit auch über die Welternährung, das ist der logische Schluss dieses viel zitierten Spruches. Als große Verlierer sieht Hubert Weiger, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V., deshalb die Bauern: „Es wird immer weniger in der Landwirtschaft verdient und immer mehr an der Landwirtschaft.“

Foto: pixabay

Ährensache



Plan A und Plan B von Rot/Schwarz

Der Journalist Hans Gmeiner schrieb in der Zeitung „Blick ins Land“, dass wir auf eine Jahresgesamtleistung in Summe von 2,8 Milliarden Euro stolz sein könnten, lasse der Bauernbund wissen. Dies ist eine beachtliche Summe im Jahr, aber den Bauern geht es trotz all des Geldes nicht gut. In den Medien werden diese zig Millionen sehr zum Guten publiziert. Bei den 140.000 Landwirten besteht trotzdem keine euphorische Stimmung. Bei der Weiterführung des Regierungsübereinkommens wurden

Alois Ganglmayr

keine landwirtschaftlichen Sachverhalte von Rot und Schwarz zur Diskussion gebracht. Es stellt sich die Frage warum. Traut man sich die „heißen Eisen“ etwa nicht anzugreifen, oder Fehlen die Ideen? Oder hat die Ignoranz gesiegt und in den Augen der ÖVP-Funktionäre, die vermutlich in ihrer eigenen Welt leben, ist alles in Ordnung? Durch ihr Handeln zeigen sie zumindest, dass es scheinbar keinen Grund für Veränderungen oder neue Rahmenbedingungen gibt. In Wirklichkeit wollen die Bauern aber Lösungen, wie etwa bei den Themen Agrardiesel, Ökostromanlagen (Biogasanlagen), neue überhöhte Einheitswertbescheide, Strukturwandel in der Sozialversicherung und vielen mehr. Besonders die Sozialversicherung steht vor großen Problemen, denn immer weniger Beitragszahler stehen immer mehr Beitragsempfängern gegenüber. Bitte beim nächsten Plan A und B nicht auf die Probleme der Bauern vergessen. Landwirtschaft ist lebenswichtig, behandelt sie auch so!

Luchsprojekt im Mühlviertel geplant

Naturschutzreferent und Landeshauptmannstellvertreter Manfred Haimbuchner kündigte gemeinsam mit der OÖ-Jägerschaft ein Luchsprojekt im Mühlviertel an. Das Land OÖ gibt jährlich 4,5 Mio Euro aus, damit nicht weitere Tiere und Pflanzen auf die Liste der bedrohten Arten rutschen.



Foto: pixabay

Agrarflächen werden immer knapper

In Industrieländern wie Österreich nimmt die Agrarfläche ab. Dafür entstehen immer mehr Straßen und Gebäude. Im Jahr 1961 waren 49 Prozent der Landesfläche Österreichs landwirtschaftlich genutzt, heute sind es nur mehr 38 Prozent. Seit 2011 werden 20ha pro Tag für Bauprojekte verbraucht.

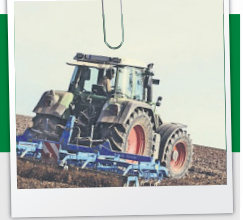


Foto: pixabay



Foto: pixabay

Im Namen des Klimaschutzes werden oft obskure Dinge gefordert Umweltschützer stellen ihre Ideologie über wissenschaftliche Erkenntnisse

Umweltschützer sprechen immer wieder davon, man müsse Wälder außer Nutzung stellen, um den Klimaschutz zu unterstützen. Dies widerspricht laut dem Deutschen Forstwirtschaftsrat jeglicher wissenschaftlicher Erkenntnis. Ganz im Gegenteil: Nur junge, wachsende Wälder binden CO₂. Holznutzung hält CO₂ für Generationen fest. „Bauen mit Holz ist daher die wirksamste Klimaschutz-Möglichkeit. Ich erwarte von der Politik ganz wenig, aber wissenschaftliche Erkenntnisse muss sie akzeptieren. Dann haben Wälder eine gute Zukunft“, so der Präsident des Forstwirtschaftsrats, Georg Schirmbeck.

Holz mehrfach entlang der Wertschöpfungskette nutzen – das sei also sowohl ökonomisch als auch ökologisch vorteilhaft und wirke sich positiv auf die Treibhausgasbilanz aus. Bäume entziehen der Luft Kohlendioxid und produzieren Sauerstoff, und die Bindung von Kohlenstoff in Biomasse, die dabei erfolgt, erreicht erstaunliche Ausmaße. Wenn der Wald ei-

nen Festmeter Holz produziert, entnimmt er der Luft eine Tonne CO₂. Dabei werden 250 kg Kohlenstoff in Holz, Rinde, Zweigen, Blättern sowie in Wurzeln gebunden und 750 kg Sauerstoff freigesetzt. Der Wald produziert also mit einer Tonne Kohlendioxid mehr als einen Kubikmeter Holz. Unser bewirtschafteter Wald absorbiert Jahr für Jahr beträchtliche Mengen an CO₂. Das ist aber nicht der maximale Beitrag, den die faszinierende Sonnenenergie-Fabrik Wald leisten kann. Wird das Holz, das in unserem Wald heranwächst, in langlebige Produkte wie Häuser verwandelt, so bleibt der Kohlenstoff dem natürlichen Kreislauf für Jahrzehnte, im besten Fall gar für Jahrhunderte entzogen.

Leben und Wirtschaften der Menschen in den Industriestaaten hängen heute ganz überwiegend von Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran ab. Diese vier Energieträger werden jedoch zunehmend schwerer verfügbar sein. Die Verknappung, Verteuerung und Erschöpfung dieser Energieträger führen

aber auch dazu, dass das Interesse an Holz als Rohstoff und Energieträger seit einiger Zeit stark zunimmt und weiter zunehmen wird. In Mitteleuropa bestehen besonders günstige Voraussetzungen für eine nachhaltige und produktive Forstwirtschaft.

In seiner Eröffnungsrede anlässlich des 9. Forst-Holz-Papier-Gesprächs in Salzburg sagte Schirmbeck: „Die ganze Welt beneidet Mitteleuropa um 300 Jahre nachhaltige, multifunktionale Forstwirtschaft. Und selbst das reicht einigen nicht: Sie wollen unsere Wälder unter Schutz stellen. Die Waldbesitzer haben die Wälder so bewirtschaftet, dass sie im Jahr 2016 schützenswert sind - das wird von den Unterschütz-Stellern nicht erkannt.“

Auch der bayerische Forstminister Helmut Brunner betonte: „Bauen mit Holz ist ein Gewinn für die Ökobilanz. Ich habe mich daher in Berlin immer als Gegenpol zu Flächenstilllegungen erwiesen. Schützenswerte Wälder sind erst durch die Bewirtschaftung entstanden.“

Steuerbefreiung für Jagdhunde in Bingen



In Bingen (Baden-Württemberg) werden künftig brauchbare Jagdhunde, die auf dem Gemeindegebiet eingesetzt werden, gänzlich von der Steuer befreit. Damit will der Gemeinderat auf die zunehmenden Schwarzwildschäden reagieren und die Jägerschaft finanziell für ihre Vierbeiner entlasten.

Foto: pixabay

Buchenwälder sollen nun Welterbe werden



Der Schweizer Bundesrat will zwei Buchenurwälder in die Liste für das UNESCO-Welterbe eintragen lassen. Die Wälder in Val di Lodano/Kanton Tessin und am Bettlachstock/Kanton Solothurn seien Beispiele für die ökologische Verbreitungsentwicklung der Buche seit der letzten Eiszeit.

Foto: pixabay

Nach zähen Verhandlungen folgt „der große Wurf“ Neues Jagdgesetz für Oö

Nach über einem Jahr langer Verhandlungen steht nun das neue OÖ-Jagdgesetz. Landwirtschaftskammer, Landesjagdverband und Landesrat Max Hieglberger einigten sich auf einen „großen Wurf“.

Wichtigste Neuerung: die Wildschadensregelung wird geändert. Künftig müssen sich Grundbesitzer an den Prozesskosten beteiligen, wenn sie den Wildschaden zu hoch ansetzen. Bisher blieben die Jäger meistens auf den Gerichtskosten sitzen. Derzeit sind knapp 70 Gerichtsverfahren wegen überhöhter Schadensforderungen anhängig. Zukünftig wer-

den zwei Experten die Grundeigentümer kostenlos bei der Schätzung des Wildschadens unterstützen, damit keine unrealistischen Forderungen mehr gestellt werden. Vor allem kleinere Schäden seien schwer zu schätzen.

Auch die Strafen für „schwarze Schafe“ unter den Jägern werden drastisch verschärft:



Foto: Land OÖ, Stockinger

wer sich schwere Verstöße zu Schulden kommen lässt, dem kann die Jagdkarte bis zu sieben Jahre entzogen werden (bisher 1,5 Jahre). Gegen wen ein behördliches Waffenverbot besteht, der verliert für dessen Dauer nun auch die Jagdkarte. Die Beteiligten Verbände zeigten sich mit der Reform zufrieden. Landesjägermeister Sepp Brandmayr sprach ganz unbescheiden von einem „wahrlich historischen Wurf“. „Zentrales Anliegen war sowohl für Jäger als auch Eigentümer eine möglichst vertretbare Regelung zu finden“, freute sich auch Landesrat Hieglberger.

Wölfe in Norwegen sollen erlegt werden



Die norwegische Regierung will 47 der insgesamt 68 im Land lebenden Wölfe erlegen. Sie begründet die Maßnahme mit ausufernden Schäden, die Schafhalter durch Wolfsangriffe erleiden. Die Bauernverbände begrüßen die Entscheidung, Tierschützer sind dagegen. Auch in anderen Ländern Europas wird hitzig diskutiert.

Foto: pixabay



ECHTE PATRIOTIN:

**CARO HAT SCHWEIN IN DER KÜCHE
UND GLÜCK IN DER LIEBE.**

SEI WIE SIE: ECHE-PATRIOTIN.AT

Foto: pixabay

Macht und Gier: Wenige große Konzerne Agrar- und Ernähru

Immer weniger Konzerne bestimmen weltweit über einen immer höheren Anteil der Lebensmittelerzeugung und Ernährung, zu diesem Schluss kommen die Autoren des „Konzernatlas 2017“. Wer sind die Verlierer? Wer sind die Gewinner? Wer hat ein Interesse daran, die Liberalisierung des Welthandels voranzutreiben?

Die Liberalisierung des Handels, das höchste Ziel der EU und auch der ÖVP, treibt die Globalisierung voran. Konzernzusammenschlüsse, die Gier und der Wettlauf nach immer mehr Anteilen am Weltmarkt sind die Folgen dieser

Politik. Klein- und Mittelbetriebe haben das Nachsehen. Wie ist es dazu gekommen? Nach 1945 begannen die westlichen Siegermächte eine „neue Architektur für die Weltwirtschaft zu zimmern“. Dazu wurden zunächst der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank gegründet. Attac Österreich schreibt dazu: „Auf der

Konferenz von Bretton Woods/USA 1944 hätte auch die Internationale Handelssorganisation (ITO) geboren werden sollen. Die ITO wur-

Der Konzernatlas zeigt eindrücklich die globale Dominanz von Großkonzernen

Marion Lieser, Geschäftsführung OXFAM

de jedoch zur Totgeburt. Der Grund: Sie war als Teilorganisation der UNO konzipiert und hätte auch Menschheitsziele wie Entwicklung oder

Totale Liberalisierung

soziale Sicherheit verfolgen, Rohstoffpreise festlegen und sogar transnationales Kapital regulieren sollen. Das war den USA zu viel.“ So wurde aus diesem Konzept lediglich die „Liberalisierung des globalen Warenhandels“ herausgepickt und zu einem internationalen Abkommen ausgebaut. Das GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), trat 1947 in Kraft und mündete schließlich 1995 in der Gründung der WTO (Welthandelsorganisation). Das Ziel der WTO: Freihandel um jeden Preis. „Von der totalen Liberalisierung verspricht sie sich das größtmögliche Wachstum und daraus folgend

den größtmöglichen Wohlstand für alle Menschen auf Erden“, so Attac Österreich. Es scheint, als ob die wohlwollenden Ziele der WTO konträr zur tatsächlichen Wirkung verlaufen.

70% Weltmarktanteil

Die wichtigsten landwirtschaftlichen Rohstoffe am Weltmarkt sind: Weizen, Mais, Sojabohnen, Zucker, Palmöl und Reis. Die

vier Konzerne, Archer Daniels Midland, Bunge, Cargill und die Louis Dreyfus Company, sind auch bekannt als die „ABCD-Gruppe“. Ihr Weltmarktanteil liegt bei 70 Prozent. „Die ABCD-Gruppe ist bestens informiert über Ernten, Preise, Währungsschwankungen, Wetterdaten und politische Entwicklungen in allen Teilen der Welt. Tagtäglich laufen Informationen aus den Anbaugebieten bei ihnen ein, die von ihren Finanzexperten analysiert werden. Der Wirtschaftsdienst Bloomberg nennt Cargill – in Anspielung auf die glänzend über die Wirtschaft informierte US-Großbank –

Alles unter Kontrolle

auch den ‚Goldman Sachs des Agrarrohstoffhandels‘. Die extremen Preisschwankungen auf den Weltagarmärkten bedrohen Cargill nicht etwa, sondern sie nützen dem Handelskonzern“,

KONZENTRATION IM TREND

Ränge der zehn größten Einzelhändler in Deutschland (2015) und Anteil der

Rang
2000 2015

8	1	Schwarz (Lidl)
3	2	Tesco
1	3	Carrefour
5	4	Aldi
6	5	Edeka
4	6	Rewe
11	7	Leclerc
2	8	ITM (Intermark)
7	9	Auchan
8	10	Sainsbury

so die Autoren des Konzernatlas 2017. Was die Zukunft der heimischen Landwirtschaft betrifft, kommt der Entwicklung des Lebensmittel Einzelhandels eine besondere Bedeutung zu. Er ist der Weichensteller, er bestimmt, welche Lieferanten ihre Produkte in den Geschäften verkaufen. Die Stadt- und Regionalplanung fördert seit den 1980er-Jahren den Bau von großen Einkaufszentren



Foto: Oxfam

Marion Lieser ist die Geschäftsführerin des Vereins OXFAM. „Oxfam ist eine globale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die mit Überzeugung, Wissen, Erfahrung und vielen Menschen

leidenschaftlich für ein Ziel arbeitet: eine gerechte Welt ohne Armut“, so die Selbstbeschreibung des Vereines auf seiner Homepage. Nähere Informationen finden Sie unter www.oxfam.de

beherrschen den Weltmarkt Lebensmittelindustrie

Der Herr ist
mein Hirte



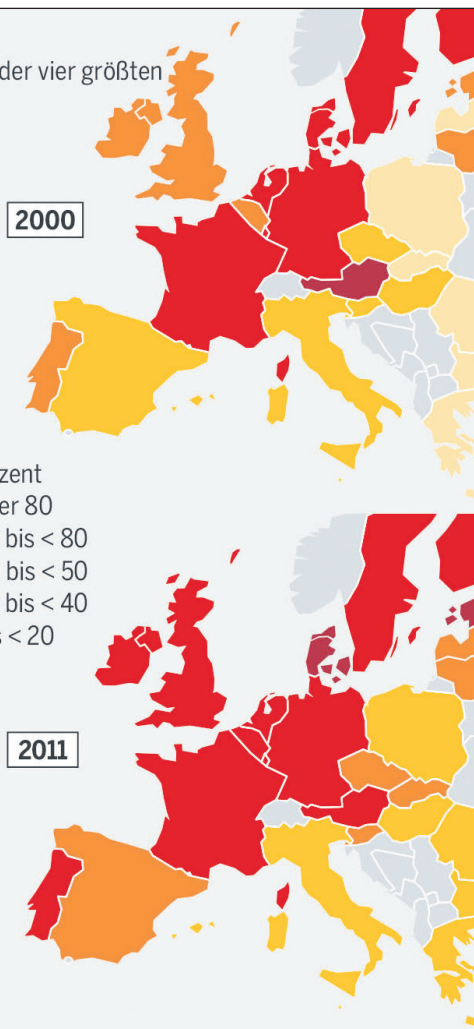
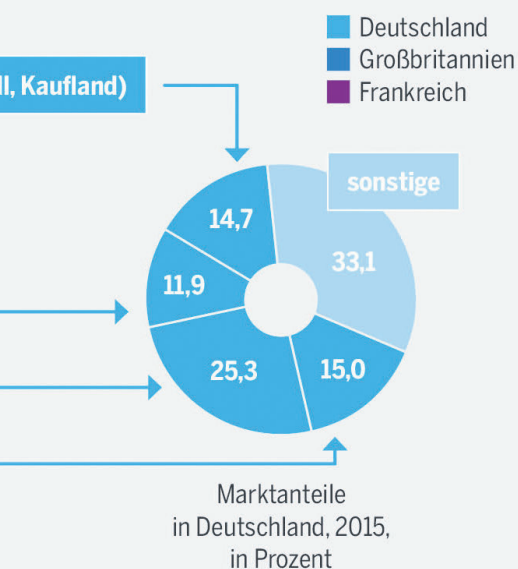
Die Wurzel aller Übel ist die Habsucht

Eine der sieben Hauptsünden, die wir auch Wurzelsünden nennen, ist die Habsucht. Sie gilt als Ursache vieler Sünden und kann sowohl zu schweren als auch zu lässlichen Sünden führen. Da kann ein Mensch nie genug haben: er ist süchtig geworden, alles haben zu wollen. Wer als junger Mensch bzw. als Erwachsener mit der Habsucht kämpft, hat vielleicht als Kind das Teilen nicht gelernt. Dass er nie genug haben kann und stets noch mehr besitzen möchte, hat sich bei ihm im Geiz verfestigt, sodass er ständig gehindert wird, großzügig und freigiebig zu sein. Im 1. Timotheusbrief lesen wir:

Pfarrer Gerhard Wagner

„Denn die Wurzel aller Übel ist die Habsucht. Nicht wenige, die ihr verfielen, sind vom Glauben abgeirrt und haben sich viele Qualen bereitet“ (1 Tim 6,10). Unsere „Konsumgesellschaft“ hat heutzutage viele Menschen zu Sklaven einer individualistischen, materialistischen und hedonistischen Auslegung des menschlichen Lebens gemacht, sodass viele Menschen so leben, als ob es Gott nicht gäbe. Weil sie Gott nicht mehr sehen, ist ihnen auch der Mensch abhandengekommen, aus dem sie nur noch Gewinn ziehen. Eigens hinweisen müssen wir auf die besonderen Probleme und Gefahren, die insgesamt in der großen Welt auftreten, weil die reichen Länder über die armen Länder verfügen. Die Kirche muss in unserer Zeit verhindern, dass der Mensch im Materialismus jeglicher Art und im Konsumismus aufgeht. Nur so lernt der Mensch etwas zu verschenken, ohne dass er kalkuliert. Christen müssen heute der Gier nach Geld die Logik der Liebe gegenüberstellen. So möchte ich habsüchtigen Menschen immer wieder helfen, denn sie tun mir unendlich leid. Ich möchte alles für sie tun, damit sie am Ende nicht verloren gehen!

er auf dem Lebensmittelmarkt in der EU (2000/2015), Anteile der vier größten
jeweils fünf größten in den EU-Mitgliedsländern (2000/2011)



außerhalb der Stadt und somit auch das Wachstum der Supermarktketten. Diese Entwicklung schwächt zunehmend die Verhandlungsmacht der Landwirte. Die wachsenden Unterneh-

Nur die Größe zählt

men schließen zunehmend kleine lokale Produzenten von der Lieferkette aus und ersetzen diese durch größere, die die wirtschaftlichen Vorteile der Massenproduktion ausnutzen können. Mit 6,1 Prozent des globalen Branchenumsatzes ist Wal-Mart das größte Einzelhandelsunternehmen der Welt. In der EU teilen sich

die zehn größten Unternehmen 50 Prozent des Lebensmitteleinzelhandels auf, davon vier deutsche, vier französische und zwei britische. Die Schwarz-Gruppe, Besitzer des Discounters Lidl, wurde 2014 zum größten Einzelhandelsunternehmen Europas, gefolgt von Tesco (GB), Carrefour (FR), Aldi (D), Edeka (D) und Rewe (D). In Deutschland decken vier Super-

Supermärkte

marktketten 85 Prozent des Lebensmitteleinzelhandels ab. In Österreich lag 2010 der Marktanteil der fünf größten Konzerne bei über

80 Prozent. Marion Lieser, Geschäftsführerin von Oxfam Deutschland e.V., sagte: „Bauern und Bäuerin-

Konzerne dominieren

nen sind die schwächsten Glieder in der Lieferkette. Das, was vom Verkaufserlös bei ihnen ankommt, ist in den vergangenen Jahrzehnten stark zurückgegangen. Der Konzernatlas zeigt eindrücklich die globale Dominanz von Großkonzernen und die daraus folgende Ungerechtigkeit und globale Ungleichheit. Die Politik muss die Verhandlungsmacht von Bauern und Bäuerinnen stärken.“

Unsere Landwirte stünden Die fatale Fr



◁ *Der freiheitliche EU-Abgeordnete Franz Obermayr ist ein scharfer Kritiker des Freihandelsabkommens CETA.*

Die Freiheitliche Partei setzt sich - zusammen mit ihren Partnern auf der europäischen Ebene - bereits seit längerem für die Interessen der Verbraucher und vor allem der Landwirte ein. Dazu gehört auch die kritische Einstellung gegenüber den diversen Freihandelsabkommen, wie etwa CETA oder TTIP. Der „Freie Bauer“ sprach dazu mit EU-Abgeordneten Franz Obermayr.

Das Europaparlament hat CETA mehrheitlich angenommen. Gibt es noch Hoffnung, das Abkommen zu verhindern?

Der Ball liegt jetzt bei den nationalen Parlamenten, hier stehen die Abstimmungen ja noch aus. Nach dem Abstimmverhalten der österreichischen EU-Abgeordneten bin ich allerdings wenig zuversichtlich, dass zum Beispiel die ÖVP-Mandatare im österreichischen Nationalrat gegen CETA stimmen werden.

Welche Gefahren für die heimische Landwirtschaft und den Verbraucherschutz sehen Sie durch CETA?

Der Einsatz von Gentechnik, schwächere Grenzwerte, und größere Produktionsflächen sind jenseits des Atlantiks nun einmal eine Tatsache. Europas Landwirte sind hier nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten einfach unterlegen. Für weite Teile der Landwirtschaft bedeutet das fast automatisch den Niedergang. Zum Beispiel Rind- oder Schweinefleisch: In Kanada liegen die Herstellungskosten für beide Fleischarten etwa 40% un-

ter unserem europäischen Niveau - durch CETA werden die Importe von Schweinefleisch von derzeit jährlich 5549t auf bis zu 80549t, also das 16-fache, jener von Rindfleisch von 4160t auf 61500t, also das dreizehnfache steigen! Den dadurch entstehenden Preisdruck wird die kleinstrukturierte heimische Landwirtschaft nur schwer aushalten können. Dazu kommt: Der

Gentechnik

Anbau und die Weiterverarbeitung von Genpflanzen ist in der EU nur beschränkt erlaubt, der Anteil von gentechnisch veränderten Pflanzen in Kanada bei Mais und Soja liegt nahezu bei 100% - da kann man sich leicht ausrechnen, was auf den Tellern der österreichischen Verbraucher landen wird. Dazu kommt, dass die Herkunftsbezeichnungen nur oberflächlich geschützt werden, aus Österreich sind nur drei Produkte explizit geschützt!

Worin unterscheidet sich CETA von Freihandelsabkommen, die die EU mit anderen Staaten in der Vergangenheit bereits geschlossen hat?

Ein ganz wesentlicher Faktor ist die sogenannte „regulatorische Kooperation“, eine Kommission die paritätisch von Kanada und EU besetzt werden soll. Sie soll frühzeitig die Möglichkeit erhalten, Rückmeldungen über Gesetze einzubringen - noch bevor sich die Parlamente mit dem jeweiligen Gesetzesvorhaben befassen. Diese Rückmel-

in direkter Konkurrenz mit Agrarfabriken ei handelsfalle CETA



V.l.: Harald Vilimsky, Georg Mayer, Barbara Kappel und Franz Obermayr sind die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei zum Europäischen Parlament

dungen sollen dann im politischen Prozess berücksichtigt werden. Das bedeutet, dass der politische Spielraum für gewählte Volksvertreter noch kleiner wird.

die Einführung eines Benzinzusatzmittels wegen Gesundheitsgefährdung untersagt, die herstellende Firma Ethyl Corporation klagte vor so einem Schiedsgericht und bekam

fellos eines der größten Probleme unserer Zeit. Allerdings erwarte ich mir von

Milchmarkt

den Verantwortlichen für die Agrarpolitik in Brüssel keine allzu großen Sprünge – Beispiel Milch: Die EU muss umgehend eine flexible Mengensteuerung auf dem Milchmarkt auf Schiene bringen. Dass Milchpreise, die unter den Produktionspreisen liegen, keine taugliche Basis wirtschaftlichen Überlebens sein können, sollte den Entscheidungsbefugten eigentlich klar sein. Die Angebotssteuerung wäre ein erster Schritt in die angezeigte Richtung. Ein längst überfälliger Schritt, denn zu den knapp 9.000 österreichischen Milchbauern, die für immer den Melkschemel entsorgt haben, gesellen sich EU-weit

157.000 Kollegen, die bereits ihre Höfe aufgeben mussten. Leider ist die EU-Kommission in diesem Bereich auf unseren Vorschlag der flexiblen Angebotssteuerung überhaupt nicht eingegangen. Ich glaube sogar, dass die Kommission

Bauernsterben

das Bauernsterben als eine Art Flurbereinigung ansieht. Eine mögliche Linderung des Problems wäre aus meiner Sicht eine steuerliche Begünstigung von regionalen Märkten, von Netzwerken zwischen Bauern und Konsumenten, wie sie in Frankreich entstanden sind. Natürlich ist mir klar, dass dies nur in Teilbereichen funktionieren kann, wie etwa bei der Direktvermarktung von Gemüse, aber die EU ist beim Bauernsterben eher ein Teil des Problems – und nicht der Lösung.

Die EU ist beim Bauernsterben eher ein Teil des Problems – und nicht der Lösung.

Franz Obermayr

Schiedsgerichte

in Form von Schiedsgerichten. Das bedeutet konkret, dass Unternehmen Staaten verklagen können, wenn sie ihre Investitionen durch – vorgeblich – ungerechtfertigtes staatliches Handeln gefährdet sehen. Beispiele dafür gibt es schon: So hat Kanada

Recht. Kanada musste an die Ethyl Corporation 13 Millionen US Dollar, also rund 12 Millionen Euro, Entschädigung zahlen. Das könnte uns in Europa demnächst auch blühen.

Das Bauernsterben in Österreich und ganz Europa geht immer weiter. Welche Maßnahmen könnte die EU-Politik realistischerweise umsetzen, um die Bauern zu unterstützen?

Das Bauernsterben ist zwei-



Ins Horn gestoßen

Der große Durchbruch

Über das Verhandlungsgeschick des Bauernbundes kann man sich wundern, ärgern, freuen – je nach politischer Einstellung. Was mich stört, ja wütend macht, ist die unsägliche Ankündigungspolitik von Minister Andrä Rupprechter. Der Gipfel der Unfähigkeit: Am 22. November verkündete dieser erneut den „großen Durchbruch“. Das vierte Quartal des Sozialversicherungsbetrages sollte erlassen werden. In „langwierigen Verhandlungen“ war es jedoch nur gelungen, die Bauern in zwei Lager zu spalten.

Alois Affenzeller

Höfe mit einem Einheitswert unter 13.200 Euro sollten den Nachlass erhalten, Betriebe mit höheren Einheitswerten hätten nur, wenn das Ehepaar gemeinsam den Hof führt, bis zu einem Einheitswert von rund 54.900 Euro diese Hilfe erhalten. „Zurück an den Verhandlungstisch!“, forderten deshalb die Freiheitlichen Bauern. Ergebnis: Jeder Bauer bekam 53 Prozent des vierten Quartals erlassen. Laut LK-Präsident Schultes müssen wir dafür dankbar sein. Wer diese Lösung kritisiere, habe die „Dramatik“ nicht verstanden. Das ist also die Lösung für den Einkommensrückgang von ca. 30 Prozent in nur vier Jahren? Wir Bauern brauchen keine belehrenden Worte, sondern stabile Rahmenbedingungen und Preise die uns ein Überleben ermöglichen und schon gar keine neuen Einheitswerte, die im Mühlviertel bei aktiven Bauern bis 50% Erhöhung mit sich bringen, die wiederum die SV-Beiträge und alle Steuern und Gebühren erhöhen, denen der Einheitswert zugrunde liegt.



Um den Plastikmüll weiter zu reduzieren sollen Knotenbeutel nun verschwinden

Die sogenannte Plastiksackerl-Richtlinie der EU, die vorsieht, dass die Mitgliedsländer bis 2019 den Konsum auf 90 Sackerl pro Person und Jahr reduzieren, wurde in Österreich bereits erfüllt. Österreich liegt derzeit bei 51. Das Umweltministerium will nun auch, dass die kleinen, kostenlosen Plastiksackerl („Knotenbeutel“) aus dem Kassensbereich verschwinden. Ziel soll es sein, dass bis 2025 möglichst viele Plastiksackerl EU-weit eingespart werden.



Fraktion der Freiheitlichen Bauernschaft in Brüssel Stippvisite bei Abgeordneten Franz Obermayr im Parlament

Auf Einladung des freiheitlichen Europaabgeordneten Franz Obermayr besuchte eine Delegation der Freiheitlichen Bauern Mitte Februar das Europaparlament in Straßburg. Neben dem Kennenlernen von Land und Leuten im Elsaß stand auch die Politik auf der Tagesordnung.

Während der Besichtigung des Parlaments nutzten die Teilnehmer die Möglichkeit der Diskussion mit dem freiheitlichen Mandatar und wiesen auf die Probleme der heimischen Landwirtschaft hin. Vor allem das Freihandelsabkommen CETA und die geplante Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik wurden thematisiert. Ein Besuch der Plenumsdebatte auf der

Besuchertribüne schloss den Besuch des EU-Parlaments ab. Ein reichhaltiges Kulturprogramm vermittelte den Reisenden einen Eindruck, welche einzigartige Kulturlandschaft das Elsaß zwischen Rhein und Vogesen darstellt. Stadtbesichtigungen der gut erhaltenen Fachwerk-Altstädte von Straßburg, der Hauptstadt des Elsaß, sowie Colmar und Reichenweier, hinterließen einen bleibenden Eindruck. Vor allem das imposante Straßburger Münster und das ehemalige Gerberviertel sind touristische Ziele, die unverzichtbarer Bestandteil einer Elsaß-Reise sind. Auf dem Rückweg

Richtung Oberösterreich stand noch eine Betriebsbesichtigung in einem Milchviehbetrieb in Baden-Württemberg am Programm. Die Teilnehmer konnten hier einige Eindrücke mitnehmen, mit welchen Problemen die deutschen Milchbauern konfrontiert sind und wie sie auf die wirtschaftlichen Herausforderungen reagieren.





Wirres Wetter der letzten Jahre führte zu einer Reform des Katastrophenfonds

Der Katastrophenfonds wurde wegen der letzten Wetterkapriolen geändert. Neben den allgemeinen Richtlinien gibt es nun Richtlinien für Unternehmen, Waldbestände und landwirtschaftliche Kulturen, sofern diese nicht versicherbar sind. Weiters gibt es eine Absicherung gegen Schäden nach Hochwasser oder Vermurungen sowie nach Frost oder Dürre. Für versicherbare Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen wird es jedoch keine Beihilfe mehr aus dem Fonds geben.

Foto: pixabay

LK OÖ übt Kritik an Dumpingpreis-Lebensmitteln Qualitätsbewusstsein fördern

Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich kritisiert jüngst die Preisgestaltung vieler Lebensmittelanbieter. Dadurch dass vor allem Diskonter oftmals Lebensmittel zu sehr niedrigen Preisen anbieten, entstehe beim Konsumenten der Eindruck, hochwertig produzierte Lebensmittel seien generell zu teuer. Es müsse dem Konsumenten aber wieder bewusst werden, dass Qualität ihren Preis habe.

Ziel solle es laut Landwirtschaftskammer-Präsident Franz Reisecker sein, den im EU-Vergleich extrem hohen Anteil an Diskontpreisen bei Lebensmitteln wirksam zu reduzieren. Für Lebensmittel würden nur mehr 11,6 Prozent des Haushaltseinkommens ausgegeben, 1970 waren es im Vergleich dazu noch 25 Prozent. Trotz des mittlerweile geringen An-

teils der Lebensmittelausgaben würden knapp ein Viertel der Frischeprodukte als Lockangebote verkauft. Bei Milchprodukten seien dies 25 Prozent, bei Fleisch und Geflügel 35 Prozent und bei Wurst und Schinken immerhin 22 Prozent. Die Mehrkosten, die bei der Erzeugung von hochwertigen Lebensmitteln entstehen, müssten aber auch am Markt abgegolten

werden. Dem Trend zur Wegwerfgesellschaft und zur „Geiz ist geil“-Mentalität müsse laut Reisecker konsequenter als bisher gegengesteuert werden. Eine wesentliche Grundlage dafür sei der weitere Ausbau der Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel. Während der heimische Lebensmittelhandel großteils auf heimische Qualitätslebensmittel setze, spiele die Herkunft beim Außer-Haus-Verzehr eine sehr untergeordnete Rolle. Daher sei die Förderung von regionalen Produkten und Bewusstseinsbildung der Konsumenten ein wesentlicher Faktor für faire Preise.

Streit um Milchkontingent: Muss die Republik haften?

In den vergangenen Jahren haben etliche Bauern während der Milchquotenregelung Kontingente gekauft. Die Lieferrechte sind nach dem Ende der Quoten wertlos geworden, was viele Milchbauern erzürnt. Nun versucht ein Klagenfurter Anwalt, der eine Gruppe von Milchbauern vertritt, das verlorene Geld für seine Klienten vor Gericht einzuklagen.

Zwar hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die AMA nicht haften muss, eine mögliche Haftung der Republik Österreich wurde

aber noch nicht entschieden. Der zuständige Verfassungsgerichtshof muss in Sachen der Eigentumsrechte nun über die Amtshaftungsklage gegen die Republik entscheiden.

Die Haltung der EU ist indes klar. So sagte der ehemalige EU-Agrarkommissar Ciolos dazu: „Investitionen in Milchquoten sind privatwirtschaftliche Entscheidungen von

Landwirten auf eigene Gefahr.“ Das Urteil des Höchstgerichtes wird im Laufe des heurigen Jahres erwartet.



Foto: pixabay

Wir Bauern



Schaffen wir die Trendumkehr?

Die Diskussion über die Neuausrichtung der GAP 2021 beginnt ab sofort. Um aus den Erfahrungen mit der Umsetzung der letzten Reform zu lernen, will die EU-Kommission diesmal einen Dialog zur Modernisierung und Vereinfachung der GAP führen. Unter <http://ec.europa.eu/agriculture/consultations/cap-modernising/2017> können noch bis zum 2. Mai Landwirte und interessierte Bürger ihre Meinung dazu äußern. Ein guter Ansatz, den es auch braucht, denn vieles liegt in der europäischen Agrarpoli-

Franz Graf

litik im argen. Solange jedoch die Ziele der GAP mit noch mehr Rationalisierung für günstigere Verbraucherpreise festgeschrieben sind, werden „ein paar Korrekturen“ und „an manchen Schrauben etwas drehen“ nichts Wesentliches verändern. Es fehlt das grundsätzliche Bekenntnis zur bäuerlichen Landwirtschaft, die in der Lage ist, qualitativ beste Lebensmittel zu erzeugen und lebenswerte Landschaften zu erhalten. Das funktioniert aber nur, wenn die politischen Rahmenbedingungen dabei tatsächlich unterstützend wirken. Dazu braucht es eine Besinnung auf die europäischen Stärken und neue Leitplanken für bessere Preise, eine Kennzeichnung die diesen Namen auch verdient und ein Erschweren von Importen mit schlechteren Qualitäten. Nur so wird „billig“ nicht zum Standard, sondern Qualität, im Sinne von Umwelt und Gesundheit, hat wieder eine Chance. Für den Staat wäre dieser Weg unterm Strich auch günstiger. So geht's!



Die Freiheitlichen
Oberösterreich

Unsere Kultur und unsere Lebensart gilt es zu erhalten!

In Zeiten einer falsch verstandenen Toleranz ist es uns besonders wichtig, an unseren Traditionen und an unserer Kultur festzuhalten. Dazu gehört auch das Bekenntnis zu unserer kleinstrukturierten Landwirtschaft und zu unseren gewachsenen ländlichen Traditionen. Wir stehen für den Erhalt unserer Identität und Traditionen ein. Wir sind es unseren Kindern und Enkelkindern schuldig.

Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.